

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 46 vom 14. November 1980

14. Jahrgang

1 DM

Neue Regierungspläne stoßen auf Widerstand

Wird Autofahren Luxus?

Benzinpreissteigerungen bis zu 40 Pfennig möglich

BONN. — Die neuen Pläne der SPD/FDP-Regierung, die Kraftfahrzeugsteuer auf den Benzinpreis umzulegen, die Ende der letzten Woche bekannt wurden, stellen den bisherigen Höhepunkt der staatlich angekurbelten Preiswelle nach der Wahl dar. Sie sind allerdings auf dermaßen starken Widerstand gestoßen, daß ihre Realisierung augenblicklich ungesichert ist.

Nachdem die Ölmonopole die Ankündigung der Erhöhung der Mineralölsteuer bereits zu erneuten Preiserhöhungen nutzten und die Erhöhung selbst mit Sicherheit zu erneuten, überproportionalen Verteuerungen führen wird, womit der Preis schon über 1,30 Mark steigen wird, würde diese Maßnahme mindestens weitere 25 Pfennig bedeuten. Ein Preis zwischen 1,50 und 1,60 Mark pro Liter wäre demnach die Folge.

Es ist klar, wenn diese Maßnahme vor allem trifft: nicht jene, die ihr Benzin von der Steuer absetzen können und auch nicht jene, die große Wagen fahren. Es trifft am härtesten die Millionen Werktätigen in unserem Land, die größere Strecken zur Arbeit anfahren müssen, es trifft all jene, für die der sonntägliche Ausflug die Abwechslung darstellt.

Mit „marktkonformen Mitteln“ das Einsparen von Öl an-

kurbeln, nennt sich so eine Maßnahme in der offiziellen Bonner Sprachregelung. Marktgerecht wird deshalb auch zur selben Zeit der Nahverkehr, die Bundesbahn vor allem, überdurchschnittlich verteuert, damit das teure Benzin trotzdem noch verkauft werden kann. Straßenbahnen ziehen sofort, in den größten Städten zumindest, nach.

Diese Marktwirtschaft, die hier so hochgehoben wird bringt also den arbeitenden Menschen fürs nächste Jahr eine bisher noch nicht dagewesene Welle der Teuerung durch den Staat. Benzin wird verteuert, die Alternativen dazu auch.

Dementsprechend groß war auch der Protest. Zum einen verlangen die Bundesländer zumindest eine klare ausgearbeitete Ausgleichsregelung für die ihnen entfallenden Anteile an der Kfz-Steuer, was bedeutet, daß noch längere Konferenzen

nottun werden, wobei die CDU-Länderregierungen die Gunst der Stunde zur Opposition nutzen. Zum anderen war der Protest in verschiedensten Kreisen der Bevölkerung so stark, daß nicht nur aus der Gewerkschaft harsche Kritik kam, sondern auch die Autofahrerverbände protestierten.

Aus den Verhandlungen über das neue Regierungsprogramm werden jetzt immer neue, immer weitreichendere Pläne zur Beschneidung des Lebensstandards der Werktätigen dieses Landes bekannt.

Diese Regierung läßt, wie seit elf Jahren keine mehr, ihre sozialen Attribute fallen. Sie verlangt immer offener eine Maßhaltspolitik im besten Erhard- und Straußstil. Selbst wenn bestimmte Pläne augenblicklich nicht durchsetzbar sind, werden sie ausgearbeitet, ins Gespräch gebracht und vorbereitet. Hier tut Gegenwehr dringend not zu einer Zeit, da die Kapitalisten mit Lohnsenkungen und Massenentlassungen drohen.

Goldwater neuer Chef eines Senatsausschusses

Reagans Sieg: der Antritt der Rechtsextremen

WASHINGTON. — Das Ergebnis der Wahlen in den USA bedeutet einen politischen Erdrutsch hin zum Machtantritt der extremsten Rechten. Neben Ronald Reagan treten in Senat, Repräsentantenhaus und der Zentralverwaltung 2 500 neue Männer Ämter an, die allesamt längst bekannte offene Reaktionäre sind.

Senatoren, die seit langer Zeit dem rechten Flügel der Republikanischen Partei gehören, übernehmen eine Reihe von Schlüsselrollen. So ist Barry Goldwater jetzt Vorsitzender des Senatsausschusses zur Überprüfung der Geheimdienstarbeit. Jesse Helms übernimmt den Ausschuß für Ernährung, Strom Thurmond den für Rechtsfragen.

Die Führungsmannschaft Reagans selbst ist eine Sammlung all jener, die mit den Watergate-Vorfällen ihre Karriere, die meistens mit der Kandidatur Goldwaters im Jahre 1964 begonnen hatte, vorübergehend ändern mußten, zeitweilig abge-

schohen waren usw.

General Haig, Kissinger, der demokratische Senator Jackson, Gerald Ford und Vizepräsident George Bush, der frühere CIA-Chef — diese Männer sind Gewähr für einen stramm aggressiven Kurs des USA-Imperialismus, für eine weitere Steigerung der Kriegsgefahr und für ein allseitiges arbeiterfeindliches Programm im Inneren.

Bereits jetzt reitet Reagan scharfe Attacken gegen die UdSSR, und betont, die Alliierten müßten in die Pflicht genommen werden. Dementsprechend stiegen auch vor allem die Rüstungsaktien, äußerte sich die Wall Street sehr zufrieden.

Trotz immer offenerer Drohung

„Solidarität“ siegt vor oberstem polnischen Gericht

WARSAWA. — Am Montag dieser Woche entschied der Oberste Polnische Gerichtshof über die Klage des Gewerkschaftsbundes „Solidarität“ gegen das Bezirksgericht und dessen willkürlichen Eingriff in die Gewerkschaftssatzungen. Dabei wurde der Beschluß des Bezirksgerichtes aufgehoben.

Dieser Beschluß des Obersten Gerichts wurde aufgrund einer festen Entschlossenheit des Gewerkschaftsbundes gefaßt, für seine Rechte zu kämpfen.

Die Gewerkschaftsführung hatte betont, notfalls erneut einen Streik zu organisieren, um den Bruch des Abkommens von Gdansk zu verhindern.

Das Bezirksgericht hatte in einem willkürlichen und dem Gdanker Abkommen entgegengesetzten Verfahren die Gewerkschaft zwingen wollen, in ihre Satzung die führende Rolle der polnischen Revisionistenpartei aufzunehmen und eine Beschränkung der Streik-



Sie streiken weiter, die Beschäftigten des Fahrzeugbau- und Karosseriehandwerks Niedersachsens und Bremens. Seit fast zwei Wochen widersetzen sie sich den Lohnraubplänen der Unternehmer. In vielen Betrieben steht die Forderung: 10,5 Prozent mehr Lohn! Inzwischen ermächtigte die Tariffkommission die Gewerkschaft, Firmentarifverträge abzuschließen, sofern „eine sieben vor dem Komma“ steht. Das ist allerdings ein eindeutiger Abstrich an den Forderungen der Kollegen, und es ist sehr fraglich, ob die Belegschaften derartige Abschlüsse in geheimer Abstimmung billigen werden.

Verhandlungen bei der Post gescheitert

Jetzt hilf nur noch ein richtiger Streik!

Urabstimmung am 17. und 18. November

FRANKFURT. — Die unverschämte Haltung von Bundespostminister Gscheidle hat zum Scheitern der Verhandlungen über bessere Bedingungen für Schichtdienstleistende bei der Post geführt. Um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen, bleibt den Postlern jetzt nur noch eine Möglichkeit: Streik!

Die Schichtdienste bei der Post sind in besonderem Maße anstrengend und gesundheitsschädlich, nicht nur wegen der enormen Arbeitshetze, der die Kollegen meist unterworfen sind, sondern auch weil der Schichtrythmus unregelmäßig ist. So ist auch die Belastung für das Familienleben außergewöhnlich stark.

Die Forderungen der Kollegen, die sie seit sechs Jahren bereits gestellt haben, sind mehr als berechtigt. Kernforderung ist die 150prozentige Bewertung von Nachtdiensten für alle Schichtdienstleistenden und ein entsprechender Freizeitausgleich. Gscheidle versucht die Postler wegen dieser Forderungen als maßlos zu verteufeln. Auch in der Presse und im Fern-

sehen möchte man der Bevölkerung einreden, der Kampf der Postler sei zum „Schaden des Steuerzahlers“.

Gegen diese schmutzige Hetze müssen alle Gewerkschafter das berechnete Anliegen der Postkollegen verteidigen. Es ist im Interesse aller Lohnabhängigen, wenn auch die Kollegen der Post für sich menschenwürdige Arbeitsbedingungen durchsetzen, anstatt sich besonders extrem ausbeuten zu lassen. Ein Streik in der Vorweihnachtszeit ist eine wirksame Kampfform, vor allem dann, wenn er nicht halbherzig und inkonsequent, sondern als Vollstreik geführt wird und dadurch die geballte Kampfkraft der Postler zur Wirkung kommen läßt.

Diese Woche

Gegen den Militarismus

fanden in diesen Tagen zahlreiche Aktivitäten statt. Berichte dazu auf den Seiten 3 und 9.

Auseinandersetzungen um Hoesch

werden härter. Die gesamte Zukunft der Stadt Dortmund steht dabei mit auf dem Spiel. Ein Artikel zum Kampf um das neue Stahlwerk auf Seite 5.

Faschistenparteitag in Augsburg

Vorbereitung und Aktivitäten der breiten Kampagne gegen den provokativen Parteitag der NPD in Augsburg werden auf Seite 7 geschildert.

Streik der Karosseriebauer

wird in einer Korrespondenz auf Seite 8 dargestellt.

Fraktionskämpfe in Afghanistan

während Karmal in Moskau bleibt — die Hintergründe stehen auf Seite 11.



Die polnischen Arbeiter bereiten trotz Drohungen neue Streiks gegen die Verfälschungen des Abkommens von Gdansk vor.

Kommentar

In dieser Woche läßt Kriegsminister Apel das 25jährige Bestehen der Bundeswehr mit einem provokativen öffentlichen Gelöbnis in Bonn feiern. Am Wochenende aber stand die Bundeshauptstadt im Zeichen antimilitaristischer Aktionen. 5000 demonstrierten gegen Apels Provokation. Sie bekundeten, über die Grenzen von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung hinweg, ihren Willen, gemeinsam für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen.

Nicht nur in Bonn, auch in anderen Städten stießen öffentliche Gelöbnisse auf massive Proteste der aktiven Antimilitaristen. Es wäre aber falsch, in diesen Aktionen nur die Antwort auf den unmittelbaren Anlaß — das demonstrative Zurschaustellen des Militärapparates — zu sehen. Sie sind vielmehr Bestandteil einer Friedensbewegung, wie sie unser Land in dieser Stärke seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat.

Gemeinsam für den Frieden kämpfen

Deshalb scheint es ratsam, sich angesichts der Demonstrationen gegen die Rekrutenvereidigung die Faktoren ins Gedächtnis zu rufen, von denen diese breite Friedensbewegung ausgelöst wurde. Zweierlei wäre da zu nennen. Einmal die Krise im Mittleren Osten, die jäh gezeigt hat, daß trotz allen Entspannungs- und Abrüstungsgeredes die reale Gefahr eines militärischen Aufeinanderprallens der beiden imperialistischen Supermächte besteht. Zum anderen der sogenannte Nachrüstungsbeschluß der NATO, der die amerikanische Supermacht in die Lage versetzen soll, vom Boden unseres Landes aus einen Atomkrieg gegen ihre östliche Konkurrentin zu führen.

Erst vor diesem Hintergrund ist es zu verstehen, daß die öffentlichen Gelöbnisse mit ihrem Herauskehren der alten preußischen und hitlerschen Militärtradition in so breitem Maße als die Provokationen verstanden wurden, die sie sind. Und die Demonstrationen gegen Rekrutenvereidigungen sind ja nicht die einzigen Bekundungen des Friedenswillens der Werktätigen in unserem Land. Der Kampf für den Frieden wird — um nur das wichtigste Beispiel zu nennen — immer mehr auch eine Sache der Gewerkschaften.

Unsere Partei hat in dieser neuen Friedensbewegung von Anfang an ihren Platz gehabt und deren Aktivitäten nach Kräften gefördert. Es ist seit jeher unsere Überzeugung gewesen — und die finden wir durch die Entwicklungen der letzten Zeit erneut bestätigt —, daß nicht Verhandlungen und Konferenzen der imperialistischen Mächte, sondern nur die Aktionen der Massen selbst den Frieden sichern können. Und um diesen Aktionen die notwendige Perspektive zu geben, haben wir unseren Friedensplan vorgelegt und zur Diskussion gestellt, der als Kernpunkt die Herauslösung der Bundesrepublik aus dem westlichen Kriegsblock NATO enthält.

Wenn der Friedensplan der KPD auch bei vielen Menschen auf Zustimmung gestoßen ist, so darf man doch nicht übersehen, daß in der Friedensbewegung auch politische Kräfte aktiv sind — namentlich Sozialdemokraten und die DKP, bzw. ihr nahestehende Organisationen —, die eine Perspektive, wie sie unser Friedensplan entwickelt, ablehnen. Die zwar gegen Verteidigungsprovokationen, gegen Aufrüstung und Atomraketen sind — aber nicht sehen wollen, daß für unser Land nur der Austritt aus der NATO und eine strikte Neutralitätspolitik die Möglichkeit einer langfristigen Friedenssicherung eröffnen.

Diese unterschiedlichen Auffassungen dürfen kein Hemmnis für gemeinsame Aktionen sein. Gewiß, sie müssen diskutiert werden; das ist für die Zukunft der Friedensbewegung unabdingbar und gerade wir haben ein Interesse daran. Deshalb begrüßen wir auch solche Initiativen wie das Koordinationstreffen in Westberlin (siehe Seite 9), wo Vertreter der verschiedensten Parteien und Organisationen, von der SPD bis zur KPD, in sachlicher Form über die Perspektiven des Friedenskampfes berieten.

In diesem Treffen wie auch in einigen Aktionen der letzten Zeit ist gegen die Volksfront-Hetze der äußersten Reaktion und auch gegen die Abgrenzungs- und Unvereinbarkeitsbeschlüsse der SPD- und DKP-Führer ein wichtiges Stück Gemeinsamkeit erobert worden. Und diese Gemeinsamkeit gilt es jetzt, im weiteren Kampf gegen die Kriegsgefahr zu verteidigen und auch zu vertiefen.

Detlef Schneider

6 400 Demonstranten in Wiesbaden

Anhaltende Proteste gegen „Startbahn West“

Die Kampfaktionen gegen den geplanten Ausbau des Flughafens Frankfurt, die Abholzung und Betonierung riesiger Waldgebiete für die Startbahn West, reißen nicht ab. Am 6. November demonstrierten etwa 6 400 Menschen durch die Straßen der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden.

Am gleichen Tage trafen Delegationen der Ausbaugegner mit der Landesregierung unter Vorsitz von Ministerpräsident Holger Börner zusammen. Dabei versprach der hessische Um-

stellung des Projekts auf alle Fälle festgehalten werden solle, so daß die „Gespräche und gegenseitigen Überzeugungsversuche“, die angeblich für die Zwischenzeit geplant sind, als ge-



Die Großdemonstration in Walldorf.

weltminister Schneider, daß mit der Fortsetzung der Rodungsaktionen, denen noch weitere 193 Hektar Wald zum Opfer fallen sollen, frühestens im Herbst 1981 begonnen werden solle. Börner unterstrich gleichzeitig, daß an der endgültigen Fertig-

planten Aufweichen der Bürgerfront gegen den Flughafen ausbau zu verstehen sind.

Börner zeigte sich „beeindruckt“ von den Protesten, deren Gewaltfreiheit er hervorhob, und erklärte, er nehme die Bedenken ernst. Dennoch sei er

von der Notwendigkeit des Ausbaus weiter überzeugt. Er hält damit an einem Projekt fest, bei dem selbst der wirtschaftliche Bedarf durch die großen Fluggesellschaften durch eine Studie der Lufthansa in Frage gestellt ist, die der angegebenen Kapazitätssteigerung von 25 Prozent entgegenhält, daß die Steigerung wesentlich geringer, nämlich etwa sieben Prozent, ausfal-

ten Startbahn für die nächsten Jahrzehnte versprochen wurde.

Die hessische SPD wird von heftigen Unruhen erfaßt, weil der Protest gegen die Politik der Landesregierung, die den Bürgerwillen absolut mißachtet und für brutale Polizeiaktionen gegen friedliche Demonstranten verantwortlich zeichnet, in ihren eigenen Reihen stark anwächst. Nachdem bereits die Mitglieder der Stadtverordnetenfraktion der SPD Rüsselsheim aus Protest ihr Mandat niedergelegt haben, erklärten mittlerweile mehr als 80 Mitglieder des Ortsvereins Mörfelden-Walldorf ihre Absicht, auf einer Pressekonferenz am Montag, den 10.11., ihren Austritt aus der Partei zu erklären.

Auch der bisherige Beschluß des DGB-Landesbezirkes Hessen, ein „bedingtes Ja“ zu dem geplanten Ausbau zu sagen, falls bestimmte Umweltsicherungsanforderungen erfüllt würden, stößt auf wachsende Kritik. 15 DGB-Ortskartelle betonten, daß weder bisher irgendeine der Bedingungen erfüllt worden sei, noch daß in Zukunft daran gedacht würde. Sie forderten deshalb den Landesbezirksvorstand auf: „Wandelt euer bedingtes Ja in ein klares Nein um!“

Lambsdorff versucht Wiederbelebung

„Konzertierte Aktion“? Nein danke!

BONN.— Um die Gewerkschaften bei der bevorstehenden Lohnrunde an die Kette zu legen, will Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff rechtzeitig die „Konzertierte Aktion“ wieder aufleben lassen.

In der vergangenen Woche schickte Lambsdorff an die DGB-Führung, die DAG, den Beamtenbund, die Unternehmerverbände und die Bundesbank ein Einladungsschreiben für ein „Gespräch über Strukturfragen“, das am 8. Dezember stattfinden soll. Von Regierungsseite sollen außer Lambsdorff selbst Bundesfinanzminister Matthöfer und Bundesarbeitsminister Ehrenberg teilnehmen. Die Nachrichtenagentur dpa bezeichnete die Initiative von Lambsdorff als „Wiederbelebung der konzertierten Aktion“.

Die DGB-Führung — anstatt diesen Vorstoß sofort zurückzuweisen — erklärte, der Bundesvorstand werde sich auf einer Sitzung mit der Einladung befassen. Schon in den letzten Wochen und Monaten haben die DGB-Führer wiederholt durchblicken lassen, daß sie grundsätzlich zur Teilnahme an derartigen Konferenzen der Vertreter von Wirtschaft, Regierung und Verbänden bereit sind. Nur soll das Kind nicht mehr „konzertierte Aktion“ heißen. Außerdem soll das Gremium etwas kleiner sein als früher, wo es insgesamt ca. 80 Teilnehmer zählte.

Auf den Gewerkschaftstagen der IG Chemie, IG Metall, HBV und IG Druck und Papier wurden Beschlüsse gegen eine Wiederbelebung der „konzertierten Aktion“ gefaßt. Der Grund: sie dient lediglich dazu, die Gewerkschaften auf die sogenannte „wirtschaftliche Vernunft“ und das „Gesamtwohl“ einzuschwören und mit Lohnleitlinien an die Kette zu legen. Egal wie das Kind nun genannt wird und ob der Teilnehmerkreis verringert wird: Es richtet sich immer gegen die Forderungen der Arbeiter.

Koalitionsverhandlungen abgeschlossen

Der Raubzug beginnt

BONN.— Nach dem Abschluß der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und FDP am 4. November, hat der Feldzug gegen den Geldbeutel der Werktätigen konkrete Formen angenommen. Das Sparprogramm Matthöfers wurde in allen wesentlichen Punkten gebilligt.

Die Mittel des Haushaltes 1981 belaufen sich auf 223 Milliarden Mark, was eine Steigerung von 4,1 Prozent bedeutet. Zur Finanzierung dieses Haushaltes muß sich der Staat mit 26,75 Milliarden Mark neu verschulden, was eine zusätzliche Belastung vor allem für die werktätige Bevölkerung bedeutet. (Vgl. den Artikel zur Staatsverschuldung im letzten RM). Die Einzellets werden nun zwischen Matthöfer und den Ressortministern ausgehandelt.

Hier nun die wesentlichen Ergebnisse der Verhandlungen in den einzelnen Bereichen:

• **Steuerpolitik:** Die Mineralölsteuer steigt sprunghaft, bei Benzin um 7,9 Pfennig, bei Dieselskraftstoff um 3,4 Pfennig. Die Brantweinsteuer steigt um 300 DM pro Hektoliter. Beide Erhöhungen treten am 1. April 1981 in Kraft.

• **Rüstungspolitik:** Bei dem Geschrei reaktionärer Kreise über die „Nichteinhaltung übernommener Verpflichtungen“ den NATO-Partnern gegenüber hätte man fast glauben können, die Bundesregierung will abrufen. Das Gegenteil trifft zu. 1981 erfolgt eine Erhöhung des „Verteidigungs“-Etats um 600 Millionen Mark. Weitere Mittel sollen durch einen Nachtragshaushalt aufgebracht werden, um einen jährlichen Anstieg der Rüstungsausgaben von 2,8 Prozent zu erreichen. Die Ausgaben für 1981 betragen damit etwa 65 Milliarden Mark.

• **Rentenpolitik:** Die Beiträge zur Rentenversicherung steigen ab 1.1.81 von 18 auf 18,5 Prozent. Die Mehreinnahmen werden jedoch von der Rentenversicherung zur Arbeitslosenversicherung umgeleitet. Den Rentnern selbst werden zusätzliche Lasten durch eine steigende Selbstbeteiligung an ihrer Krankenversicherung aufgebürdet.

• **Wohnungs- und Baupolitik:**

Der Bund wird seinen Beitrag zur Finanzierung des „sozialen Wohnungsbaus“ streichen und diese Aufgabe ganz den Ländern zuschieben. Die ohnehin schon unsocialen Mieten in diesem Bereich werden steigen. Den Vermietern wird das Recht zugestanden der Erstvermietung von Neubauwohnungen bereits Mietsteigerungen für die kommenden Jahre festzulegen (die sog. Staffelmiete).

• **Landwirtschaftspolitik:** Für den dringend notwendigen Küstenschutz und die Verbesserung der Agrarstruktur wurde der Mittelansatz um 260 Millionen Mark (20 Prozent!) zusammengestrichen.

• **Verkehrspolitik:** Die Mittel für den Straßenbau sollen um 400 Millionen Mark zusammengestrichen werden, im Bereich Bundesbahn sind Einsparungen von einer Milliarde Mark geplant. Die Bundesbahn wird ihre Tarife um etwa 8 Prozent erhöhen.

• **Sparprämien:** Ab 1983 fällt die allgemeine Sparförderung weg. Die Bausparprämie sinkt von 18 Prozent auf 14 Prozent, wobei die Festlegungsfrist von sieben auf zehn Jahre verlängert wird.

• **Ausbildungsförderung:** Die BAFÖG-Förderungssätze werden auf dem gegenwärtigen Stand eingefroren. Die Mittel für den Hochschulbau werden drastisch reduziert und der Bau von Studentenwohnheimen eingeschränkt, was die heute schon katastrophale Lage vieler Studierender vollends untragbar machen wird.

• **Rechtspolitik:** Die „Gewaltparagraphen“ 88a und 130a sollen abgeschafft werden. Wesentlich zu diesem Erfolg haben die seit Einführung der entsprechenden Strafrechtsänderungen nicht abtreibenden Proteste der demokratischen Öffentlichkeit

im In- und Ausland beigetragen. Die Praxis der Berufsverbote soll beibehalten und nur leicht modifiziert werden, indem berücksichtigt werden soll, welche Funktion ein Bewerber später im öffentlichen Dienst wahrnehmen soll. Das „Kontaktsperregesetz“ bleibt im wesentlichen in Kraft.

• **Mitbestimmung:** Hier konnten sich die Parteien nicht einigen und vertagten dieses Problem bis zum kommenden Frühjahr. Ein Modell, das den Herausfall eines Unternehmens aus der Montanmitbestimmung vorsah, sofern der Montananteil (Bergbau- und Hüttenbetriebe) für einen fortlaufenden Zeitraum von fünf Jahren auf unter 30 Prozent sinkt, kam nicht durch. Dieser Vorschlag entspricht bis auf die fünf Jahre im übrigen den Plänen der Mannesmann-Spitze und auch von F.J. Strauß.

Eine Verschlechterung der Leistungen der Gemeinden, die vom Bund immer stärker belastet werden, zeichnet sich überall ab. Die Tarife im öffentlichen Nahverkehr werden weiter steigen, die Müllabfuhr wird teurer usw.

Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen bestätigt somit, was sich bereits bei ihrem Beginn abzeichnete: Mit einer rücksichtslosen Sparpolitik auf Kosten der arbeitenden Menschen und der lernenden Jugend sollen die Lasten der Krise auf unsere Schultern abgewälzt werden. Die Wahlversprechen sind vergessen. Im Kampf gegen die Krisenpolitik dieser Unternehmer-Regierung müssen alle Werktätigen fest und entschlossen zusammenstehen. Besonders in den Lohnrunden dürfen die Kapitalisten nicht durchkommen! Die heute schon streikenden Kollegen sind dabei Vorbild.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Öffentliche Gelöbnisse

Propagandaoffensive für den Militarismus Apels Provokationen

München und Bonn waren der Auftakt — im gesamten Bundesgebiet werden in diesen Wochen aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Bundeswehr öffentliche Gelöbnisse mit großem Zapfenstreich durchgeführt: in Stuttgart, Gießen, Lipp-springe, Hannover, Schleswig und Saarbrücken.

Aber es wird wohl kaum einen Ort darunter geben, wo diese provokativen Militärspektakel nicht auf Protestaktionen von demokratischen und antimilitaristischen Kräften stoßen, Aktionen, an denen sich auch unsere Partei und die Rote Garde beteiligen. Der Widerstand gegen die anhaltende Welle der öffentlichen Gelöbnisse (allein in diesem Jahr sind schon 120 durchgeführt worden) geht inzwischen bis in regionale Führungen der SPD. So hat etwa die Stuttgarter SPD den Kriegsminister Apel aufgefodert, das dort geplante „Militärschauspiel mit klingendem Spiel und großem Gepränge“ wieder abzusetzen.

In Saarbrücken wird die Hälfte der SPD-Fraktion im Landtag dem Gelöbniß aus Protest fernbleiben. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im schleswig-holsteinischen Landtag, Kurt Hamer, sagte seine Teilnahme an dem Gelöbniß in Schleswig ab. Und die Jungsozialisten beteiligen sich an vielen Orten an den erwähnten Protestaktionen.

Demgegenüber hat der SPD-Vorstand Ende letzter Woche noch einmal unterstrichen, daß er die von Apel betriebenen öffentlichen Rekrutenvereidigungen voll unterstützt. Apel selbst hat den untauglichen Versuch unternommen, gegenüber der Parteibasis die Gelöbnisse und insbesondere den Großen Zapfenstreich als eine aus den Befreiungskriegen gegen Napoleon überkommene demokratische Tradition zu rechtfertigen.

Tatsächlich aber geht der Zapfenstreich auf die Zeit der Landsknechte und der ersten preußischen Soldatenkönige zurück. Das religiöse Ritual mit seinem „Helm ab zum Gebet“ ist eine Erfindung des russischen Zarenismus. Der Preußenkönig Friedrich Wilhelm III hat diesem kollektiven Gebet einen Choral unterlegen lassen, der mit den Worten beginnt: „Ich bete an die Macht der Leibe“. Es sind die reaktionären, menschenfeindlichen Traditionen des preußischen Militarismus, die sich in diesem Spektakel offenbaren. Traditionen, die später bruchlos von den Hitlerfaschisten übernommen werden konnten, als sie eine ganze Generation in den Kriegsdienst gepreßter Deutscher mit eben diesem Großen Zapfenstreich auf die Schlachtfelder des größten Völkermordens in der Geschichte schickten. Das ist in Wahrheit die Tradition, an die heute die Schmidt und Apel wieder anknüpfen.

Und es geht hier nicht um

Fragen des guten Geschmacks. Es geht um weit mehr als nur um „überkommene Rituale“, die man nur abzuschaffen brauchte, um dann ein „normales“ Verhältnis zur Bundeswehr gewinnen zu können, wie es viele der SPD-Politiker meinen, die jetzt gegen die öffentlichen Gelöbnisse protestieren. Was bezwecken denn Apel und Schmidt und ihre Hintermänner mit diesen Militärspektakeln?

Sie wollen unser Volk wieder an den Anblick einer hochgerüsteten Streitmacht gewöhnen. Sie wollen, wie sie selbst manchmal offen bekunden, den „Wehrwillen stärken“. Die Bundeswehr soll als eine Einrichtung erscheinen, die unserem Volk seine „Sicherheit“ garantiert und zugleich will man ihr einen immer größeren Platz im öffentlichen Leben einräumen. In diesen Rahmen der allgemeinen Militarisierung paßt auch eine Ankündigung Apels von der vergangenen Woche. Noch im November, so tönte der Kriegsminister, werde er sich mal die Ständige Konferenz der Kultusminister vornehmen. Er will den Ministern dann klarmachen, daß an den Schulen der Bundesrepublik viel mehr über „Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ gesprochen werden müßte. Die Kultusministerin von Rheinland-Pfalz, Renate Laurien, hat diesen provokativen Vorstoß schon unterstützt. Wehrkunde auch bei uns? Bundeswehr-Offiziere als Lehrer an den Schulen?

Ob öffentliche Gelöbnisse oder weitere Militarisierung der Schule — beides sind Bestandteile der Kriegsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus. Die Monopolherren wissen sehr gut, daß es bei großen Teilen der Bevölkerung nach wie vor Vorbehalte gegen die Bundeswehr gibt, die ja vor 25 Jahren nur gegen eine breite Massenbewegung aufgestellt werden konnte. Deshalb unternehmen sie alles, um die Bundeswehr in jeder Hinsicht aufzuwerten und ihren Charakter als Kriegsinstrument nach innen wie nach außen zu verschleiern.

Und so muß auch der notwendige und erfreulich breit entwickelte Kampf gegen die öffentlichen Gelöbnisse weiter zielen als nur auf eine Ablehnung „militärischen Gepräges“. Er muß sich gegen die aggressive Kriegspolitik des westdeutschen Imperialismus und der NATO selbst richten. Unsere Partei hat in ihrem Friedensplan, den sie allen Demokraten und Antimilitaristen in der Bundesrepublik unterbreitet hat, die Perspektiven für einen solchen Kampf entwickelt.

Gegen öffentliche Rekrutenvereidigungen

5 000 demonstrierten in Bonn

Rote Garde beteiligte sich mit eigenem Block

Zum 25jährigen Bestehen der Bundeswehr sind 120 öffentliche Vereidigungen geplant. In Bonn findet am 12. November die offizielle Veranstaltung mit Prominenz aus Regierungs- und NATO-Kreisen

Aufgerufen hatten mehrere Jugendverbände, darunter die Rote Garde, Jungsozialisten, Falken, Jungdemokraten, SdAJ und die DfG/VK. Die VOLKSFRONT war mit einem Transparent auf der Demonstration und einem Informationsstand bei der Abschlußkundgebung vertreten.

Geplant war diese Demonstration eigentlich für den 12. November. Man wollte an dem Tag massiv demonstrieren, wo auch die öffentliche Vereidigung stattfindet. Doch seit den Ereignissen in Bremen sieht sich der westdeutsche Staatsapparat genötigt, sämtliche Demonstrationen die zeitgleich stattfinden sollen, zu verbieten. So war es in Kamen, in München und jetzt auch in Bonn. Unter das Verbot fiel auch eine von den Falken ausdrücklich als friedlich angemeldete Demonstration. Der Polizeipräsident machte sich gar nicht erst die Mühe, konkret nachzuweisen, warum von dieser Demonstration „Gewalttätigkeiten“ ausgehen sollen. Ohne nähere Begründung bekamen die Falken das Verbot.

5000 folgten dem Aufruf nach Bonn. Nur die Hälfte von dem, was ursprünglich erwartet wurde. Und obwohl Falken und Jusos bundesweit mobilisierten. Der Bundesvorstand der Jusos hat sich bei der Vorbereitung dieser Demonstration reichlich unbeliebt gemacht. Noch zu einem Zeitpunkt, als alle anderen Jugendverbände am 12. November demonstrieren wollten, meldete er kurzerhand die Demonstration für den 8. November an und gab sie Presse, Rundfunk und Fernsehen bekannt. Auch der Juso-Aufruf und die Rede des Juso-Vorsitzenden auf der Abschlußkundgebung zeigten das Zurückweichen vor der Reaktion. Während früher noch ab und zu radikale Töne vom Bundesvorstand zu hören waren, ist man jetzt stramm auf den Schmidt-Kurs eingeschwenkt. Nur die Form der öffentlichen Gelöbnisse, mit Fackeln, Trommeln und großem Zapfenstreich wurden kritisiert. Die Bundeswehr und NATO bei der Kritik weitestgehend draußen vorgelassen. Politisch bewußter zeigten sich da schon

statt. Gegen diese offene Provokation, gegen das Zurschaustellen des Militarismus und die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in unserem Land, richtete sich die Demonstration.



Der Block der Roten Garde auf der Bonner Demonstration.

die Falken, die immerhin den Austritt aus der NATO forderten und erklärten: „Die Bundeswehr ist keine demokratische Institution.“

So war denn auch das Gesamtbild der Demonstration. Man forderte nicht nur die Abschaffung der öffentlichen Vereidigungen. Zahlreich waren die Transparente und Sprechchöre, die sich direkt gegen Bundeswehr und NATO richteten. Die Rote Garde forderte die Neutra-

litätsklärung der Bundesrepublik und protestierte gegen Bestrebungen, den Wehrdienst auf 18 Monate zu verlängern, sowie Frauen und ausländische Jugendliche zum Bund einzuziehen. Auch gegen den eventuellen Einsatz von Bundeswehrruppen außerhalb der Landesgrenzen richtete sich der Protest.

Insgesamt war diese Demonstration ein Erfolg. Ein breites Bündnis im antimilitaristischen Kampf ist zustande gekommen. Die Kriegsgefahr wird von immer mehr Jugendlichen und Jugendverbänden als akute Gefahr begriffen. Die Diskussion darüber, wie der Kampf geführt werden muß, kommt in Gang. Die KPD hat vor mehreren Monaten einen Friedensplan erarbeitet. Der Friedensplan analysiert konkret die Gefahr in unserem Land und benennt die wichtigsten Forderungen. Die Resonanz in der demokratischen Öffentlichkeit und auch auf der Demonstration ist sehr aufgeschlossen.

**Schluß mit den öffentlichen Rekrutenvereidigungen!
Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO!
Erklärung der Neutralität der Bundesrepublik Deutschland!**



Schnell reagiert: Die Rote Garde Bochum aktualisierte ihr Transparent mit Reagan.

Rekrutenvereidigung in München

Feldjäger-Terror gegen Demonstranten

Unter dem Schutz von Sperrgittern und einem riesigen Aufgebot an Polizisten und Feldjägern wurde am Donnerstagabend die öffentliche Vereidigung von 2000 Rekruten in München vorgenommen. Während des Militärspektakels kam es zu brutalen Ausschreitungen von Feldjägern gegen Antimilitaristen.

Die Vereidigung mit Großem Zapfenstreich fand ausgerechnet auf dem Königsplatz statt, einem Ort, der den älteren Münchnern noch als Schauplatz von Aufmärschen der Hitler-Wehrmacht bekannt ist. Ein bezeichnender Umstand für die „Traditionspflege“, auf die sich die Bundeswehrgeneräle bei ihren öffentlichen Schaustellungen jetzt so gerne berufen.

Die Landesregierung unter dem Exkanzlerkandidaten Strauß hatte von vornherein versucht, eine Pogromstimmung im Vorfeld der Vereidigung zu schaffen, indem sie behauptete, Provokationen wie in Bremen würden gegen das öffentliche Gelöbniß vorbereitet. So sollten alle Antimilitaristen, die sich gegen das Militärspektakel wandten, in eine kriminelle Ecke gedrängt werden. Die Stadt verbot denn auch zwei Kundgebungen, die für den Donnerstag angemeldet waren. Und das Verwaltungsgericht be-

stätigte diese willkürliche Einschränkung der Demonstrationsfreiheit mit der Begründung, den Anmeldern gehe es ja nur „um eine Konfrontation“. Es wurde ausschließlich eine Kundgebung auf dem Marienplatz erlaubt.

Positiv anzumerken ist, daß sich die SPD-Ratsfraktion weigerte, eine gemeinsame Erklärung des Münchner Bürgermeisters und der Fraktionsvorsitzenden für das Militärspektakel mitzuunterzeichnen. Sie wandte sich vielmehr gegen „überkommene Rituale“, wie sie in dem öffentlichen Gelöbniß zum Ausdruck kämen.

Am Donnerstagabend war der Marienplatz hermetisch abgesperrt. Polizisten und Feldjäger hatten den Auftrag, alle Personen, die „als Störer erkenntlich sind“, auszusondern. Dennoch konnten etwa 200 Antimilitaristen auf den Platz gelangen. Aber wer immer von ihnen

einen Protest gegen das Spektakel lautwerden ließ, wurde sofort von den Feldjägern und Polizisten eingekreist. Sogar die „Süddeutsche Zeitung“ kritisierte am nächsten Tag das „sehr harte Zugreifen“ vor allem der Feldjäger, die mit größter Brutalität die Gegner des Militärspektakels vom Platz trieben. Mehrere Demonstranten wurden dabei durch die aus nächster Nähe abgeschossene Chemische Keule erheblich verletzt. 21 An-

timilitaristen wurden festgenommen und inzwischen mit Strafverfahren bedroht.

Auch zwei Soldaten, die an der öffentlichen Vereidigung teilnahmen, protestierten öffentlich gegen das Spektakel. Sie wurden ebenfalls von Feldjägern abgeführt. Auf dem Marienplatz versammelten sich am Abend dann etwa 3000 Menschen, die gegen das militaristische Schauspiel der Bundeswehr demonstrierten.



Verhaftet wurden auch Soldaten, die gegen das Münchener Gelöbniß protestierten.

Viele positive Zeichen

Gewerkschaftstag der GEW

Frister dreht durch

MAINZ. — Am 4.11. ging der Kongreß der GEW zu Ende. Eine Reihe fortschrittlicher Anträge wurde verabschiedet. Es wird viel Arbeit kosten, diesen Beschlüssen auch Taten folgen zu lassen.

Als Bundesvorsitzender der GEW wiedergewählt wurde Erich Frister, der damit seit 1968 ununterbrochen an der Spitze der GEW steht. Mit 245 gegen 117 Stimmen bei 31 Enthaltungen fiel die Zustimmung für ihn allerdings deutlich geringer aus als vor drei Jahren, wo er noch über 75 Prozent der Delegierten hinter sich hatte. Stellvertreter wurden Dieter Galas aus Niedersachsen mit 250 und Dieter Wunder aus Hamburg mit 146 Stimmen. Galas ist als Nachfolger Fristers vorgesehen, wenn es diesem 1982 gelingt, in den Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB einzuziehen, womit zumindest Frister selbst fest rechnet. Fristers Stellvertreter haben in der Vergangenheit, so bei den Arbeitsniederlegungen im letzten Jahr, eine kämpferische Haltung eingenommen. Wunder sagte auf einem Gewerkschaftstag kurz vor seiner Wahl: „Ich bin stolz darauf, daß ich im vergangenen Jahr als Schulleiter an der Arbeitsniederlegung teilgenommen habe.“

Die Kampfmaßnahmen der GEW standen auch im Mittelpunkt der Debatte. Von verschiedenen Landesverbänden, besonders aus Hessen und Hamburg, wurde die bisherige Vorstandspolitik zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen, besonders nach Arbeitszeitverkürzung, angegriffen. Frister selbst stand im Mittelpunkt dieser Kritik, weil er „gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen“ nicht genügend vorangetrieben hat. Kritisiert wurde auch die Art und Weise, wie der GEW-Vorstand die Forderung nach der 40-Stunden-Woche durchzusetzen gedenkt: Die angestrebte Massenklage sei nicht ausreichend. Einige bezeichneten diesen Weg direkt als Sackgasse. Man wisse ja, was man von bürgerlichen Gerichten zu halten habe, erklärte Adelheid Steindrescher-Viesel (Hessen). Mit Blick auf den zukünftigen Weg der GEW erklärte Dietmar Lemka, GEW-Vorsitzender aus Hamburg: „Streik ist die einzige Methode, der Mischung aus Arroganz und Gleichgültigkeit der Länder zu begegnen.“ Er machte Frister dafür verantwortlich, daß sich seit der Demonstration vor einem Jahr, bei der rund 15 000 Lehrer in Hamburg, Niedersachsen und Hessen kurzzeitig die Arbeit niedergelegt hatten, „Ernüchterung, Unsicherheit, ja Angst“ breitgemacht hätten. Der Gewerkschaftstag beschloß einen Aufruf an alle Landesverbände, den Streik zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung mit allen Mitteln vorzubereiten. Eine Bundesfunktionärskonferenz soll Aktionsvorschläge für den Herbst 1981 erarbeiten, die auch eine Arbeitsniederlegung im Winter 81/82 beinhalten könnten.

Hier mußte auch Frister mitziehen. Er erklärte weiter: „Für uns ist das Erreichen des Kollektivvertragsrechts und das Recht auf Arbeitskampf auch für die Beamten eine zentrale Aufgabe.“

Scharf verurteilt wurde die

miserable Lage im Bildungswesen. „Bessere Bedingungen für Lehren und Lernen“ — so das Motto des Gewerkschaftstages — zu schaffen, ist eine dringende Aufgabe. Die Delegierten prangerten die „politisch gewollte Arbeitslosigkeit und erzwungene Kurzarbeit“ von weit über 30 000 jungen, mit hohem Aufwand ausgebildeten Lehrern an. Im Mittelpunkt der Kritik stand die hessische Landesregierung, die auch noch die Zahl der Planstellen für Lehrer kürzt und mit ihrer Finanzplanung bis 1985 die „Verschrottung“ von weiteren 3 000 Arbeitsplätzen ankündigt.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, gingen die etwa 400 Delegierten auch auf die Straße. Am 3. Novem-

ber Unverständnis etwa für die Lage von Arbeiterkindern. Alle werktätigen Eltern haben diese Erfahrung schon gemacht. Aber verantwortlich für derartige Erscheinungen, auch für ein gewisses Kastendenken bei manchen Lehrern, sind gerade Leute wie Börner und Co. An dieser Tatsache wollen sie überhaupt nichts ändern.

Forderungen nach einer Verkürzung der Arbeitszeit für Lehrer kommen der Qualität des Unterrichts zugute. Sie müssen verbunden werden mit der Forderung nach Einstellung aller arbeitslosen Lehrer — wie das auf dem GEW-Kongreß auch geschah —, nach kleineren Klassen und ähnlichem. Zudem wurde auf dem GEW-Kongreß auch gerade die Verbesserung

Stellung bezogen hat. Der GEW-Bundesvorstand wurde verpflichtet, sich für die Aufhebung dieser Beschlüsse einzusetzen, weil durch sie „die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften und der Gedanke der Einheitsgewerkschaft in Frage gestellt“ werden. Ungeheuerlich ist allerdings, was sich Frister auf der Abschlusssitzung des Kongresses gegenüber Journalisten leistete: „Ich werde dem DGB-Bundesvorstand mitteilen, daß ein solcher Beschluß gefaßt wurde. Das ist alles“. Und: „Ich bin doch kein Schwachkopf! (...) Dieser Beschluß ist ein Stück bedrucktes Papier. Er bleibt ohne Wirkung!“ Offener kann man die Demokratie in der Gewerkschaft nicht mit Füßen treten. (Siehe dazu den „Gewerkschaftskommentar“)

„Die Gewerkschaften sind aktiver Bestandteil der Friedensbewegung unseres Landes.“ Dies ist eine wichtige Feststellung in der heutigen Situation, der durch entsprechende Taten Nachdruck verliehen werden muß. In diesem Zusammenhang sprach sich der Kongreß auch gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr aus. Den jährlichen Antikriegstag am 1. September will die GEW intensiv mit vorbereiten.

„Der Gewerkschaftstag beobachtet mit großer Sorge die Zunahme rechtsradikaler Ten-



Die Demonstration vor dem Kultusministerium in Wiesbaden

ber führen sie mit Bussen nach Wiesbaden und demonstrierten in einem Fackelzug vor dem Amtssitz des hessischen Ministerpräsidenten. „Ob Börner oder Kanzler Schmidt, das Sparen machen wir nicht mit!“ lautete eine ihrer Parolen.

Börner hatte zudem kürzlich die Unverschämtheit besessen, zu behaupten, die Lehrer würden durch ihren Unterricht „jungen Arbeitern und Hausfrauen das Selbstwertgefühl nehmen. Die Befürwortung der Gesamtschule — der Gewerkschaftstag unterstrich, daß die integrierte Gesamtschule als einzige Schule das Ziel der GEW bleibe — erkläre sich daraus, daß bei ihrer Einführung Volksschullehrer ebensoviel verdienen wie Studienräte. „Wir bezahlen etwa 44 000 Lehrer. Aber es stellt sich die Frage: Haben wir auch 44 000 pflichtbewußte Erzieher für unsere Kinder?“ so hetzte Börner wörtlich.

Börner und andere reaktionäre Politiker versuchen in ihrer Kampagne gegen berechnete Forderungen der Lehrerschaft an bestimmte Vorurteile, die es in der Bevölkerung gegen Lehrer gibt, aber auch an tatsächlich bestehende Mißstände und Fehlverhalten bestimmter Lehrer anzuknüpfen. Natürlich gehören Lehrer nicht zu den unterprivilegiertesten Menschen in unserem Staat. Und natürlich gibt es unter Lehrern oft ein gro-

ber beruflichen Bildung gefordert. In diesem Sinne verdienen die Aktionen der Lehrer und die Beschlüsse der GEW die Unterstützung der Arbeiterschaft.

Begrüßenswert sind die vielen Anträge der GEW-Mitglieder zu verschiedenen wichtigen gewerkschaftspolitischen Themen. Dazu gehört auch die Frage der Einheitsgewerkschaft. Ohne Gegenstimmen angenommen wurde ein Antrag, die Einheitsgewerkschaft „aus der gemeinsamen Erfahrung der Arbeitnehmer — besonders der im Kampf gegen den Faschismus gesammelten“ zu erklären. Auch wenn hier die maßgebliche Rolle der Kommunisten nicht direkt erwähnt wird, ist dies doch ein Schlag gegen die Versuche der DGB-Führung, die lediglich „freiheitlich-sozialistische“ und „christlich-soziale Wurzeln“ der Einheitsgewerkschaft wahrhaben will. Vetter, der einige „Grußworte“ an den Kongreß richtete, griff die Kritik an seiner Darstellung auch gleich scharf an, mußte sich aber heftige Unmutsäußerungen der Delegierten gefallen lassen.

Und von besonderer Bedeutung ist natürlich, daß sich eine große Mehrheit der Delegierten für die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse im DGB aussprach (mit 211 gegen 137 Stimmen). Nach der IG Druck ist die GEW so die zweite DGB-Gewerkschaft, die hier positiv

denzen und solcher Vorgänge, die den Bestrebungen der alten und neuen Nazis Vorschub leisten.“ In Schulbüchern sollen „die Ursachen des Nationalsozialismus“ und der „Widerstandskampf aus den verschiedenen Gruppen der Bevölkerung, besonders der Widerstand der Arbeiterschaft“ exakt dargestellt werden. Alle GEW- und DGB-Gliederungen wurden aufgefordert, gegen die Neonazis aktiv zu werden.

Erneut sprachen sich die GEW-Mitglieder entschieden für eine Beseitigung der Berufsverbote aus. „Wir brauchen eine freiheitliche Berufsausübung, ohne politische Pression, rechtliche Fallstricke und bürokratische Gängelung.“

Auch über die eigene Situation hinaus betonten die Delegierten: „Die GEW sieht in der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung die wichtigste politische Aufgabe der kommenden Jahre.“ Und: „Jetzt gilt es, eine gemeinsame gewerkschaftliche Offensive gegen die Sparpolitik in Bund und Ländern zu organisieren.“ Sie solidarisierten sich mit dem Kampf der Arbeiter für die 35-Stunden-Woche. Ihre ausdrückliche Solidarität bekundeten sie auch den Kollegen der IG Druck im „Times-Prozeß“ um das Recht auf Solidaritätsstreiks und den streikenden Postlern. Aus Anlaß des Militärputsches in der Türkei hat die

Gewerkschaftskommentar

Da hört ja wohl alles auf! Ungläubiges Staunen überkommt einen, wenn man zum ersten Mal liest, was Erich Frister, soeben als Gewerkschaftsvorsitzender wiedergewählt, auf der Abschlusssitzung zu den Beschlüssen des GEW-Gewerkschaftstages sagte: „Dieser Beschluß ist ein Stück bedrucktes Papier. Er bleibt ohne Wirkung!“ — Gemeint ist der Beschluß, die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse im gesamten DGB zu fordern.

Haut Frister auf die Finger

Ja, wo sind wir denn hier? Wofür hältst du dich, Kollege Frister? Für den Ayatollah in Gewerkschaftsfragen? — Da stellt sich ein Gewerkschaftsführer hin und wischt mit einem Handstreich eine Entscheidung des höchsten beschlußfassenden Organs seiner Gewerkschaft vom Tisch, einen dem Vorstand von der großen Mehrheit der Delegierten erteilten Auftrag!

Und was sagt der DGB-Vorstand? Er freut sich. Die „Welt der Arbeit“ berichtet am 6.11.: „Überraschend forderte eine Mehrheit der Delegierten die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB hinsichtlich der Mitgliedschaft in extremistischen Organisationen. Der wiedergewählte GEW-Vorsitzende Erich Frister bezeichnete diesen Beschluß des Gewerkschaftstages als ‚bedrucktes Papier‘. Er bleibe ohne Wirkung.“ Punkt und aus! Von einem Gewerkschaftsvorstand müßte man hier mindestens einen schweren Verweis wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens und die ultimative Forderung zur Zurücknahme dieser Äußerung erwarten. Von unseren Bonzen aber kann man das gar nicht erwarten. Und schließlich: Frister rechnet jetzt schon fest damit, bei den nächsten Wahlen 1982 in den Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB aufzurücken ...

Nein, den Verweis müssen ihm die Kollegen der GEW schon selber geben. Und sie sollten es sofort tun, wenn sie nicht in Kauf nehmen wollen, daß ihre Sache schweren Schaden nimmt.

Es ist auch ein Ausdruck der inneren Schwäche der GEW, daß sich Frister traut, so offen aufzutreten. Frister ist als Gewerkschaftsführer sowieso eine traurige Gestalt. Seine Sprüche gegen die staatliche Berufsverbotspraxis, wo er tönt, die Mitgliedschaft in einer legalen Partei dürfe niemandem zum Nachteil gereichen, die Gesinnungsschnüffelei müsse abgeschafft werden usw., erweisen sich als pure Heuchelei angesichts seines Vorgehens gegen die innergewerkschaftliche Demokratie und seiner grundlegenden Verstöße gegen die Einheitsgewerkschaft. Frister ist ein ganz harter Befürworter und Praktiker der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Ein Beispiel ist der Frankfurter Studienrat Klaus Knöss, den er allein wegen der von ihm vermuteten Mitgliedschaft im KBW (die Knöss bestreitet) aus der GEW ausschließen ließ. Hier reichten ihm schon „wortgleiche Verwendungen der Agitationsparolen des KBW“.

Es ist an der Zeit, daß die GEW-Kollegen ihrem „großen Vorsitzenden“ ganz kräftig auf die Finger hauen. Gerade angesichts der geplanten Kampfaktionen im kommenden Jahr ist es ein Unding, einen Mann wie Frister die Arbeit der GEW bestimmen zu lassen.

D. L.

GEW einen „Fonds für internationale Solidarität mit Gewerkschaftern“ eingerichtet.

Zur Aufstockung des eigenen Kampffonds beschlossen die Delegierten eine Anhebung des Beitrags auf 1,1 Prozent vom Einkommen.

Insgesamt setzte der GEW-Kongreß viele positive Zeichen.

Er machte allerdings deutlich, daß für die Realisierung der fortschrittlichen Beschlüsse, für weitere Fortschritte in der Arbeit ein unterschiedener Kampf gegen rechte Kräfte in der GEW notwendig ist, die noch relativ stark sind und ausgerechnet im Vorsitzenden ihren Vorreiter haben.

Französisch für Anfänger —
Leitung: Oberstudienrat Frister



*Die Gewerkschaft bin ich!

... wollt ihr euch das bieten lassen?

Kampf um Stahlbasis in Dortmund

Nur Massenprotest kann die Hoesch-Hüttenwerke retten

Viele Solidaritätsbekundungen /

DORTMUND. — Die Stahlstadt Dortmund ist vom Würgegriff des ESTEL-Konzerns und der Deutschen Bank bedroht. In der vergangenen Woche legte Hoesch-Vorstandsvorsitzender Rohwedder die Karten auf den Tisch: Nein zum Bau des neuen Stahlwerks, das als Ersatz für die veralteten Siemens-Martin-Werke notwen-

Rohwedder: kein neues Stahlwerk

dig wäre. In der Belegschaft der Hüttenwerke und unter der Dortmunder Bevölkerung breitet sich Unruhe aus. Zugleich verstärken sich inner- und außerhalb der Belegschaft Bemühungen um die Organisation einer starken Kampffront gegen die Arbeitsplatzkiller.



Ein Bild aus der Vertrauensleutekonferenz der Hoesch-Arbeiter.

Unmittelbare Folge der ersatzlosen Stilllegung der drei Siemens-Martin-Werke (zwei sind bereits außer Betrieb genommen) wäre der Verlust von ca. 10 000 Arbeitsplätzen auf den Hoesch-Hüttenwerken. Gegenwärtig sind noch rund 24 000 Menschen dort beschäftigt. Aber dem nicht genug droht als längerfristige Konsequenz, daß auch das jetzt noch bestehende Oxygenstahlwerk im Werk Phoenix in vielleicht zehn Jahren stillgelegt wird. Damit ist die Existenz der Hoesch-Hüttenwerke insgesamt in Frage gestellt und Dortmund hätte seine Stahlbasis verloren.

Daß diese drohende Perspektive nicht nur die Hoesch-Arbeiter sondern die werktätige Bevölkerung in Dortmund ins-

Abhängigkeit eines einzigen großen Konzerns stehen, wie die Stahlstadt an der Emscher in Bezug auf ESTEL.

Wird Dortmund zum Elendsviertel der Bundesrepublik, zum Armenhaus des Ruhrgebietes? So werden inzwischen in der Regionalpresse die Fragen gestellt. Schon heute weist Dortmund eine mit 5,7 Prozent weit überdurchschnittliche Arbeitslosenquote auf. Ließe ESTEL die Hoesch-Hüttenwerke „am langen Arm verhungern“, wie die „Stählerne Faust“, Betriebszeitung unserer Partei, schon im September 1979 warnte, so geriete Dortmund in einen katastrophalen Krisenstrudel.

Große Teile der ansässigen Industrie, des Handels, des Handwerks und des Dienstlei-

Menschen in Dortmund zum Bewußtsein. Angst und Sorgen, aber auch die Einsicht in die Notwendigkeit des Widerstands gegen die Konzernwillkür greifen Platz. Bürgerinitiativen, Frauengruppen, Gewerkschaftsgruppen engagieren sich, sammeln Unterschriften, initiieren Solidaritätsaktionen und unterstützen die Bemühungen aktiver Gewerkschafter bei Hoesch um die Organisation des konsequenten und breiten Massenprotestes. Dieser Protest muß sich so bald als möglich in einer machtvollen Demonstration ausdrücken.

Leider gibt es jedoch auch den Einfluß von Kräften auf diese Bewegung, die abwiegeln und einen konsequenten Kampf gegen die Arbeitsplatzkiller ver-

verbunden. Vor allem aber fürchten sie jede konsequente Mobilisierung der werktätigen Massen, jede selbständige, revolutionäre Aktivität der Arbeiter.

In der vergangenen Woche ergriff der Dortmunder Stadtrat eine ungewöhnliche Initiative. Eine Sondersitzung des Rates unter Leitung von Oberbürgermeister Samtlebe zur Frage der Konzernpläne von ESTEL-Hoesch wurde durchgeführt. Der Hoesch-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Schrade und der Hoesch-Vorstandsvorsitzende Rohwedder waren eingeladen, ihre Standpunkte darzulegen. Außerdem gab Samtlebe selbst eine ausführliche Stellungnahme ab.

Rohwedder gab auf dieser Sitzung erstmalig eindeutig zu, daß er das Stahlwerk nicht bauen lassen will. Zynisch erklärte er, man könne sich nur vom „kaufmännischen Gesichtspunkt“ leiten lassen. Im Klartext: von den Profitinteressen der Konzernherren. Diese Äußerung, nüchtern betrachtet, zeigt, daß die Liquidierung der Stahlbasis in Dortmund für die ESTEL-Hoesch-Bosse beschlossene Sache ist. Aus den Hoesch-Hüttenwerken läßt sich unter den heutigen Voraussetzungen kein optimaler Profit mehr ziehen.

Der Betriebsratsvorsitzende und der Oberbürgermeister (beide haben das Parteibuch der SPD in der Tasche, wie auch ihr „Kontrahent“ Rohwedder) stellten dagegen heraus, daß das neue Stahlwerk lebenswichtig für die Stadt Dortmund sei, weil damit die Stahlbasis in Dortmund steht oder fällt. Aber gleichzeitig bezeichneten sie das „Kostensenkungsprogramm“ und den vor einem Jahr bei Hoesch begonnenen Abbau von zunächst offiziell 4 200 Arbeitsplätzen als „wirtschaftlich notwendig“.

Diese Bonzen sind, auch wenn sie für den Erhalt der Stahlbasis in Dortmund Partei ergreifen, keineswegs bereit, für diese Forderung einen konsequenten Kampf zu führen. Nicht die Interessen der Arbeiter sind für sie vorrangig, sondern das Unternehmerinteresse, der Profit. Wer von ihnen einen standhaften und unbeugsamen Widerstand gegen die Pläne des ESTEL-Konzerns bzw. der mit diesem Konzern verbundenen Deutschen Bank erwartet, wird bitter enttäuscht werden.

Samtlebe wiegelt bereits kräftig und unverhüllt ab. In Rundfunk und Presse diffamiert er die Aktivität der konsequenten Gewerkschafter und Initiativen, die den Kampf der Arbeiter und der Bevölkerung zu organisieren versuchen: „Hysterische und unkontrollierte Demonstrationen“ seien fehl am Platz erklärt er, jetzt müsse man erst einmal abwarten und sich auf die Verhandlungen der Politiker verlassen. Eine für Freitag vergangener Woche angesetzte große Demonstration wurde bereits verschoben.

Sich auf die SPD-Politiker und ihre Verhandlungen ver-

lassen heißt, sich verschaukeln zu lassen. Inzwischen hat NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen bereits die Forderung Rohwedders akzeptiert, die Bindung der Landeshilfen für Hoesch in Höhe von 120 Millionen Mark an den Bau des neuen Stahlwerks aufzuheben. Rohwedder kann dieses Geld nun also in sein Vernichtungsprogramm zum Abbau der Stahlbasis fließen lassen.

Nach der Verschiebung der ursprünglich für letzten Freitag angesetzten Massendemonstration wurde als neuer Aktionstermin der Mittwoch dieser Woche angekündigt. Jetzt aber versuchen die SPD-DGB-Bonzen auch diesen Plan zum Scheitern zu bringen. Die DKP, die zum

Jugend macht Dampf für ihre Rechte!

Aktionen in Hamburg, Karlsruhe, Dortmund und Stuttgart

Das volksfeindliche Sparprogramm der Bundesregierung ist auch ein neuer Schlag gegen die Jugend. Noch rücksichtsloser werden ihre Rechte niedergetreten. Noch weniger wird getan, um der arbeitenden und lernenden Jugend eine Zukunft und ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Andererseits: Auch der Kampf der Jugend nimmt zu. Aber: Wir müssen noch mehr tun, um den Bossen, Bonzen und Militaristen die Faust des Kampfes der Jugend ins Gesicht zu schlagen. Aufklären! Freunde und Kollegen aktivieren, zu Aktionen mobilisieren! Die Feinde der Jugend entlarven! Auf die Straße gehen, unsere Forderungen unüberhörbar auf den Tisch bringen! In verschiedenen Städten beginnen jetzt Aktionstage mit Politfesten und Demonstrationen der Gewerkschaftsjugend und Jugendverbände. Die Rote Garde als konsequenteste Kraft der Jugend, die keine faulen Kompromisse akzeptiert, macht natürlich mit!

HAMBURG

Unter dem Motto „Jugend für ihre Zukunft!“ läuft in Hamburg seit dem 8.11. bis zum 15.11. eine Aktionswoche. Veranstalter: AStA der Uni Hamburg in Zusammenarbeit mit dem Jugendring Hamburg. Auftakt war eine Großveranstaltung am Samstag, 8.11. in der Uni-Mensa mit Filmen, Dis-

ussionen, Ausstellungen und Musik. In den Stadtteilen wurden und werden noch zahlreiche Aktionen durchgeführt. Themen: Bundeswehr, Jugendarbeitslosigkeit, Drogen, Neonazis usw. Auch Filme und Theateraufführungen gehören dazu. Am Samstag, 15.11. findet zum Abschluß eine Demonstration statt. Beginn: 11 Uhr auf der Moorweide.

Beispiel unter den Hoesch-Vertrauensleuten und in bestimmten Bürgerinitiativen einen teilweise beträchtlichen Einfluß hat, nutzt diesen nicht, um die Abwiegler zu entlarven und zu isolieren. Sie bietet sich vielmehr an die Bonzenclique an.

Unsere Partei bietet in Dortmund ihre ganze Kraft auf, um die Solidaritätsfront zu unterstützen und das Bewußtsein zu schärfen, daß nur der selbständige, konsequente Massenkampf die Arbeitsplatzkiller stoppen kann. Zu diesem Zweck hat die Ortsgruppe Dortmund unter anderem ein Extra-Blatt des „Roten Morgen“ mit erarbeitet, das unter den Hoesch-Arbeitern und in der Bevölkerung verteilt wird.

KARLSRUHE

Am Samstag, dem 15.11. läuft in Karlsruhe eine große Veranstaltung im Rahmen des IG-Metall-Jugendmonats. Ort: Schwarzhaldhalle. Zeit: 14 bis 23 Uhr. Theatergruppen, Songgruppen, Kabarett, Politrock und vieles andere wird geboten. Ein Riesenspektakel läuft gleichzeitig auf verschiedenen Bühnen. Motto: „Wir machen Dampf! Kollegen packt an...“

DORTMUND UND STUTTART

Am 22. November finden in Dortmund und Stuttgart Demonstrationen statt unter der Parole: „Für eine demokratische Bildung und Berufsausbildung“. In Dortmund ist der Treffpunkt um 12.30 Uhr am Parkplatz Südbad; um 15 Uhr findet am Ascheplatz am Westpark eine Kundgebung statt. In Stuttgart trifft man sich um 11.30 Uhr in der Schellingstraße an der Universität. Kundgebung: 13 Uhr Schillerplatz.

ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Das neue Stahlwerk muß her!

Dortmund darf nicht sterben

Aktiv wird der gemeinsame Kampf der Arbeiter gegen die Arbeitsplatzkiller! Die Arbeiter der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund kämpfen um ihre Arbeitsplätze. Sie fordern den Bau eines neuen Stahlwerks, das die Arbeitsplätze der alten Werke ersetzen kann. Nur ein Massenprotest kann die Hoesch-Hüttenwerke retten.

Schon vor einem Jahr...

Die Hütte darf nicht sterben!

Wird Stahlbasis aus Dortmund verlagert?

Die Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund kämpfen um ihre Arbeitsplätze. Sie fordern den Bau eines neuen Stahlwerks, das die Arbeitsplätze der alten Werke ersetzen kann. Nur ein Massenprotest kann die Hoesch-Hüttenwerke retten.

HOESCH
Ein Name für Stahl

Hoesch darf nicht sterben!

Schon vor einem Jahr...

Die Hütte darf nicht sterben!

Wird Stahlbasis aus Dortmund verlagert?

Die Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund kämpfen um ihre Arbeitsplätze. Sie fordern den Bau eines neuen Stahlwerks, das die Arbeitsplätze der alten Werke ersetzen kann. Nur ein Massenprotest kann die Hoesch-Hüttenwerke retten.



Demonstration der Hoesch-Arbeiter in der Stadt.

gesamt und sogar weit über Dortmund hinaus trifft, ist nicht schwer zu verstehen: Der Abbau der Stahlbasis in Dortmund bedeutet für diese Stadt eine wirtschaftliche Katastrophe und hätte im gesamten östlichen Westfalen einschneidende wirtschaftliche und soziale Konsequenzen. Ist doch die Stahlerzeugung die wirtschaftliche Lebensader dieser Region. Es gibt wenige Industriestädte von der Größe und Bedeutung Dortmunds, die so sehr in der

Stungssektors würden in diesen Strudel hineingezogen. Die Finanzen der Stadt würden austrocknen. Insgesamt müßte der Verlust von 40 000 bis 50 000 Arbeitsplätzen in Dortmund und im wirtschaftlich abhängigen Einzugsgebiet befürchtet werden. Zehntausende würden arbeitslos werden. Die soziale Lage der werktätigen Bevölkerung würde sich drastisch verschlechtern.

Diese bedrückende Perspektive kommt jetzt immer mehr

hindern wollen. Dazu gehören vor allem führende DGB-Funktionäre und die Betriebsratsspitzen bei Hoesch sowie die Dortmunder SPD-Politiker. Diese Kreise sind einerseits mit der Landes- und Kommunalpolitik und andererseits mit dem Hoesch-Management verflocht.

Einerseits sehen sie natürlich auch ihre eigenen Interessen durch die Pläne der ESTEL-Konzernherren gefährdet, andererseits haben sie sich aber mit den Konzerninteressen selbst



„Berlin Alexanderplatz“ Faßbinder-Film „Berlin Alexanderplatz“

Franz Biberkopf und das Schicksal

Der WDR hatte Großes versprochen. Eines der „bedeutendsten Filmkunstwerke des Jahrzehnts“ würden die Fernsehzuschauer zu sehen bekommen: Rainer Werner Faßbinders Verfilmung des berühmten Döblin-Romans „Berliner Alexanderplatz“. Das mochte noch als die übliche marktschreierische Werbung für ein hausei-

Die Zuschauer jedoch fanden keinen Geschmack an dem so gepriesenen „Filmkunstwerk“. Die Einschaltquoten am Montagabend gingen von 27 auf 11 Prozent zurück; zudem wurde der WDR mit Protesten bombardiert. Für den „Spiegel“, der vor einigen Wochen Faßbinder und seinem Film in einer Titelgeschichte huldigte, sind solche Reaktionen der „Zorn entfesselten Spießers“. Die breite Masse ist also wieder einmal zu stumpfsinnig, um wahrhaft große Kunst zu begreifen. Außerdem — so der „Spiegel“ — seien all die zornigen Spießer von der Springerpresse kräftig angestachelt worden.

Tatsächlich haben „Bild“ und „Hör zu“ schon nach der Ausstrahlung der ersten Folge mit einer Kampagne gegen „Berlin Alexanderplatz“ begonnen. Und unbestreitbar knüpft das Vokabular dieser Kampagne in erschreckender Offenheit an die Hetze der Nazis gegen eine sogenannte entartete Kunst an. Typisch dafür ist die Tatsache, daß der Film nicht nur als „Orgie von Gewalt, Perversion und Blasphemie“ bezeichnet, sondern auch in die linke Ecke gestellt wird. So etwa, wenn „Bild“ behauptet, Alfred Döblins Roman „Berlin Alexanderplatz“, der Faßbinder als Vorlage gedient hat, wäre ein „Produkt des proletarischen Naturalismus“ gewesen.

Muß man also den Film, der von der Springer-Presse dergestalt begeistert wird, verteidigen? Ist derjenige, der das nicht tut, tatsächlich ein entfesselter Spieß?

Sehen wir uns zunächst einmal den Roman von Döblin an. Franz Biberkopf, als Totschläger verurteilt, wird aus dem Gefängnis entlassen. Er will fortan „anständig“ bleiben, aber es gelingt ihm nicht, sein Leben in den Griff zu bekommen. „Da hatte sich draußen nichts geändert und er selbst war der gleiche geblieben. Wie sollte da ein neues Resultat entstehen? Offenbar nur, indem einer von beiden zerstört wurde, entweder Berlin oder Franz Biberkopf.“ Berlin, die moderne kapitalistische Großstadt, wird zur eigentlichen Gegenspielerin des Helden in Döblins Roman.

Biberkopf aber, der von Bewußtlosigkeit und gesellschaftlicher Isolation geprägt ist, begreift die Großstadt als „Hure

Babylon“ und die in ihr wirkenden sozialen Kräfte nur als blind waltendes Schicksal, das auf ihn einschlägt. Er kann die gesellschaftlichen Verhältnisse weder erkennen noch gar verändern. Folglich unterliegt er in seinem Kampf gegen Berlin. Er ist es, der zerstört wird und schließlich im Irrenhaus landet.

Aber auch Döblin selbst kann die Wirklichkeit des Kapitalismus nicht durchschaubar machen. Seine Sicht bleibt im wesentlichen auf die seines Helden begrenzt. Bezeichnend dafür ist etwa, daß er die „Zusammenhanglosigkeit des Daseins überhaupt“ behauptet. So verknüpft er auch nicht Biberkopfs Einzelschicksal mit den Klassenwidersprüchen und Kämpfen seiner Zeit. „Berlin Alexanderplatz“ versucht gar nicht, die Realität zu durchdringen. Der Roman ist vielmehr als eine Montage angelegt, in der Stationen von Biberkopfs Lebensweg zusammenhanglos mit Schlagertexten, Zeitungsnachrichten, Börsenberichten, aber auch Kommentaren des Erzählers oder Gedankenreflexen seines Helden zusammengemengt werden.

Erst zum Schluß des Romans erhebt sich Döblin über die dumpfe Weltsicht seines Helden, wenn er Biberkopf aus der Irrenanstalt auf den Alexanderplatz zurückkehren läßt und als Kommentator aus der Lebensgeschichte Biberkopfs einen Appell für mehr Bewußtheit und Solidarität ableitet: „Wach sein, Augen auf, aufgepaßt, tausend gehören zusammen. Wer nicht aufwacht, wird ausgelacht oder zur Strecke gebracht.“

Der Roman von Döblin ist also nicht — wie die „Bild“-Zeitung behauptet — „proletarischer Naturalismus“ (was immer das auch sein mag), es ist ein modernistischer, bürgerlicher Roman, der in Inhalt wie Form dem proletarischen Kulturschaffen entgegengesetzt ist.

Man kann mit Recht bestreiten, daß es ein lohnendes Unterfangen ist, die Lebensgeschichte eines Lumpenproletariats über 14 Folgen auf die Bildschirme zu bringen. Faßbinder, der das getan hat, muß sich aber zumindest an dem hier angeführten Appell messen lassen, mit dem Döblin seinen Roman beendet. Und das hätte bedeutet, die Ursachen von Biberkopfs Schei-

genes Produkt durchgehen. Aber auch die Kulturkritiker der bürgerlichen Presse — die das gesamte 14teilige Werk in einer Vorabaufrührung gesehen hatten — erstarrten in Ehrfurcht vor dem großen Meister und überschütteten Faßbinder einhellig mit Lobeshymnen.

tern stärker auszuleuchten, also gerade dessen Mangel an Bewußtheit und Unfähigkeit zur Solidarität, seine fehlende Bindung zu den werktätigen Massen und ihrem Kampf.

Das aber ist Faßbinder nicht in den Kopf gekommen. Solidarität zum Beispiel ist für ihn etwas, das in den „Bereich der Utopie“ gehört. In einem „Stern“-Interview bekannte er jüngst: „Die Erziehung, die wir genossen haben oder auch nicht genossen haben, hat uns dahingebacht, daß wir Solidarität gar nicht üben können.“ Folglich interessiert ihn auch nicht das Döblinsche „tausend gehören zusammen“; ihn interessiert nicht der soziale Gehalt der Figur Biberkopfs, sondern ausschließlich dessen Gefühle. In dem erwähnten Interview sagte Faßbinder, er hätte in all seinen Filmen nur ein einziges Thema: „die Ausbeutbarkeit von Gefühlen“. Darauf hat er denn auch Döblins Roman zurechtgestutzt.

So hat er ihm vor allem das genommen, was seine innere Spannung ausmacht: nämlich Biberkopfs Kampf gegen die von ihm unbegriffene Großstadt. Geblieben ist eine endlose Folge kammerspielartiger Szenen von extremer Künstlichkeit. In Faßbinders Kulissenwelt dringt die von Döblin wenigstens mosaikartig ins Bild gesetzte Realität des Berlins der ausgehenden zwanziger Jahre nicht mehr ein. Bezeichnend dafür ist es, daß Faßbinder die auf dem Alexanderplatz spielenden Szenen des Romans in dunkle U-Bahn-Schächte verlegt. Politische Wirklichkeit kommt höchstens am Rande — und dann grotesk verzerrt — vor; so etwa, wenn eine Horde als Kommunisten herausstaffierter Typen in einer Kneipe dem Franz Biberkopf ans Leder will.

So hat Faßbinder die im Roman angelegten negativen Seiten vollends auf die Spitze getrieben. Er hat aus dem Biberkopf eine anarchische, triebhafte und von allen gesellschaftlichen Bedingungen losgelöste Figur gemacht, deren Weg nun tatsächlich von einem blinden Schicksal und nicht von diesen Bedingungen bestimmt zu sein scheint. Das Ganze wird dann auch noch mit abwechselnd schwüler oder brutaler Erotik garniert und mit abgeschmackten Symbolen aus der Motten-

kiste des Dr. Freud angereichert („der Sohn muß den Vater erschlagen, um mit der Mutter schlafen zu können“).

Im Grunde hat Faßbinder — wieder einmal — einen Film gedreht über das einzige, was für ihn wirklich zählt — und das ist nun einmal Rainer Werner Faßbinder selbst. „Der Biberkopf, das bin ich“, sagt er. Und so muß sich denn, wer am Fernsehapparat ausharrt, all die privaten Probleme des Regisseurs vorführen lassen: das mit den ausgebeuteten Gefühlen etwa oder die Schwierigkeit des Filmemachens, sich zu seiner Homosexualität zu bekennen. All das ist natürlich schon für einen einzigen Abend unverdaulich, geschweige denn, über 14 quälende Folgen hinweg.

Sicher hat auch der Fernsehzuschauer ein Recht darauf, sich nicht von den privaten Phantasien eines Faßbinders anöden zu lassen. Und was die Montagabendserie der ARD betrifft, so gäbe es ja auch wahrhaftig genügend Alternativen. Wenn es schon Literaturverfilmungen sein müssen, dann braucht man also eine solche Alternative nicht keimfrei-langweilige Verhunzungen großer Literatur wie etwa die „Buddenbrooks“-Folge heranzuziehen. Es gibt ja auch Beispiele für halbwegs gelungene Serien, zum Beispiel die von der ARD übernommene DDR-Produktion „Abschied vom Frieden“ nach dem gleichnamigen Roman von F.C. Weiskopf. Hier wurde zumindest der Versuch unternommen, einen bestimmten Abschnitt unserer Geschichte durchsichtig zu machen und den Mechanismus gesellschaftlicher Entwicklungen am Schicksal einer Familie aufzudecken.

Derartige Alternativen aber hat natürlich die Springer-Presse nicht vor Augen, wenn sie gegen Faßbinders Serie zu Felde zieht. Sie arbeitet nur nach der bewährten Methode der Nazis, indem sie scheinheilig das „gesunde Volksempfinden“ gegen eine die Massen zu Recht abstoßende „Kunst“ zu verteidigen vorgibt. Aber sie will alles andere als eine notwendige kritische Aufklärung im Fernsehen. Sie will statt „Alexanderplatz“ Peter Alexander, statt Faßbinder Eduard Zimmermann — den abstoßenden Schund durch einen massenwirksamen Schund ersetzen, mit dem sich besser die Köpfe vernebeln läßt.

Ideale Weihnachtsgeschenke

Kunsthandwerk aus Albanien

Weihnachten rückt unaufhaltsam näher. Und damit auch die Frage, was man denn all seinen Verwandten und Bekannten schenken soll. Eine Antwort darauf kann sicherlich die folgende Liste geben. Sie enthält ein Angebot von albanischem Kunsthandwerk. Und auch für den kleinen Geldbeutel wird man da leicht ein passendes Geschenk finden.

Hochwertiger Silberschmuck, handgearbeitet aus 900er Silber: DM
 Filigran-Collier, aufwendig gearbeitet 59,00
 Filigrankette mit kleinen Blumenmotiven 49,00
 Silberkette mit folkloristischem Filigran-Anhänger 39,00

Hochwertige Kupferartikel, gehämmert
 Blumenkrug, ca. 38 cm hoch 49,00
 Weinkrug ca. 22 cm hoch, auch als Vase zu gebrauchen 34,00
 Blumenüberopf, ca. 22 cm ø 21,50
 Wandteller mit Vogelmotiv, ca. 24 cm ø 19,50

Kunsthandwerk aus Holz, reine Handarbeit
 Holzkästchen mit echter Intarsien-Einlegearbeit, gefüttert 10,00
 Holzkästchen mit Stroh beklebt, innen gefüttert 7,00
 Holzdosen geschnitzt, ca. 18 cm ø, natur 7,00
 Holzdosen mit Brandmalerei verziert, ca. 15 cm ø 7,00
 Holzdosen geschnitzt, rot-schwarz lackiert, ca. 18 cm ø 7,00
 Hirtenflaschen als Wandschmuck 10,00

Kelim, handgewebt aus reiner Wolle, hübsch als Tischläufer oder Wandbehang
 30x 30 cm 6,00
 40x 40 cm 10,00
 50x 50 cm 15,00
 30x120 cm 24,00
 40x120 cm 32,00

Folkloreblusen aus reiner Baumwolle, handbestickt
 Bluse mit langem reich besticktem Ärmel aus Nessel, Größe 42/44 35,00
 Bluse mit kurzem Ärmel, roter Stickerei, Größe 42/44 20,00
 Bluse mit kurzem Ärmel, kleiner Stickerei, Größe 42/44 20,00

Hüttenschuhe, handgestrickt aus reiner Wolle
 Größe 31, Preis pro Paar 12,00
 Größe 38, Preis pro Paar 15,00
 Größe 39, Preis pro Paar 15,00
 Größe 40, Preis pro Paar 15,00

Handschuhe, naturweiß aus reiner Wolle, handgestrickt
 Kinderfäustlinge, bitte Alter angeben 15,00
 Damen-Fäustlinge, klein 20,00
 Damen-Fäustlinge, groß 24,00

Babydecken mit lustigen Druckmotiven, reine Baumwolle 8,00

Chinesische Strohkarten, 4 Stck, sortiert 2,00

Bestellungen nimmt entgegen:
 ALBIMPORT
 Postfach 606 448
 2000 Hamburg 60
 Tel.: 040/630 85 47 (Behrens)



Elbe 1: „Alles frei erfunden“, 17,80 DM

Umweltskandale, Bespitzelung politisch Andersdenkender, Todesschußpraxis der Polizei, Arbeitshetze und Betriebsunfälle usw. — mit solchen Themen beschäftigt sich Elbe 1. Oft ist diese Musikgruppe das Sprachrohr von direkt Betroffenen — oder die Mitglieder der Gruppe sind selbst betroffen. Als Lehrling oder Arbeiter, im Büro oder in der Schule.

Bei der Wahl ihrer musikalischen Mittel sind sie nicht zimperlich. Bei ihren Auftritten mischen sie Elemente der Rockmusik, der Volksmusik und verschiedener anderer Musikstile bunt durcheinander — und würzen all dies noch mit kabarettistischen Einlagen.

Bestellungen an: Verlag Neue Zeit GmbH, Postfach 4304, 2300 Kiel 1.

Aschaffenburg-Prozeß:

KZ-Kommandanten freigesprochen

„Unnatürliche Lust am Töten“ bleibt unbestraft

ASCHAFFENBURG.— Freigesprochen wurden Hans Olejak und Ewald Pansegau durch das Schwurgericht Aschaffenburg. Für ihre Untersuchungshaft sollen sie finanziell entschädigt werden. Die beiden SS-Männer waren Mitglieder des Kommandanturstabs des Konzentrationslagers

Das Gericht sah ihre Schuld nicht als erwiesen an. Die Aussagen von fast 150 Zeugen verschiedener Nationalität reichten nicht aus. Alle diese Leidtragenden des SS-Terrors wurden noch in der Urteilsbegründung verhöhnt, in der ihnen Lügen und geistige Verwirrung unterstellt werden:

Niemand wisse heute genau, was Häftlinge unter den besonderen Bedingungen eines Konzentrationslagers als wesentlich registrieren und in ihre Erinnerung einspeicherten. Was die Betroffenen dazu sagen, ist offenbar nicht glaubwürdig; man setzt da mehr Vertrauen in die Gedankenspielerien deutscher Richter, die in ihrem Leben nie in Gefahr geraten sind oder geraten werden, von irgendeinem Unrechtsstaat verfolgt zu werden!

Ebenso unbekannt sei, was in den folgenden Jahrzehnten verdrängt oder in Angstträumen erweitert, was an echter Erinnerung bei der Begegnung mit Schicksalsgefährten nicht nur aufgefrischt, sondern mit Erleb-

nissen anderer vermischt wurde. Wer hat es denn zu verantworten, daß bis zu einer Verfahrenseinleitung diese Jahrzehnte vergehen mußten, wenn nicht die deutsche Justiz? Können sich die Herren Richter wirklich nicht vorstellen, daß ein jahrelanger Aufenthalt in der Folterhöhle der SS Eindrücke hinterläßt, die man gar nicht vergessen kann?

Nicht auszuschließen sei weiterhin gewesen, so die Urteilsbegründung, daß von weither angereiste Zeugen sich verpflichtet fühlten, eine möglichst umfangreiche Aussage zu machen, weil sie davon ausgingen, daß man das von ihnen erwarte. Damit wird den Antifaschisten vollends die Mentalität von Kriminellen unterstellt.

Dieses Ergebnis des Prozesses zeichnete sich allerdings seit langem ab. Der Oberstaatsanwalt Elmar Fischer, der lebenslange Haftstrafen forderte, kommentierte diese Forderung in seinem Plädoyer gleich mit der Bemerkung, es stünde bereits fest, daß innerhalb des Schwur-

Auschwitz und im Nebenlager Jarworf südlich von Kattowitz als Rapport- bzw. Blockführer eingesetzt. Sie waren angeklagt, aus einer „unnatürlichen Lust an der Vernichtung menschlichen Lebens“ 21 Insassen dieses Lagers ermordet zu haben.

gerichts die für die Verurteilung notwendige Mehrheit nicht zustandekommen werde! Somit erscheint die gesamte Strafverfolgung der Staatsanwaltschaft eher als ein Schattenbox ohne Gefahren, daß die Forderung durchkommen könnte. Fischer erleichterte sein Gewissen mit dem Satz, die Staatsanwaltschaft hätte nicht mehr gut schlafen können, wenn sie in allen Fällen auf Freispruch plädiert hätte.

Ob die Staatsanwaltschaft angesichts ihres eigenen Beitrags zu den Freisprüchen ein schlechtes Gewissen hat, können wir nicht nachvollziehen. Es

spricht allerdings nichts dafür. Fischer sagte in seinem Plädoyer, man müsse den Angeklagten ein gewisses Verständnis entgegenbringen, schließlich hätten zahlreiche Staaten zwar Verbrechen gegen die Menschlichkeit für nicht verjährbar erklärt, aber ihre Staatsangehörigen amnestiert, soweit diese Verbrechen an Deutschen begangen hätten.

Schon zu Beginn des Prozesses hatte die Staatsanwaltschaft 33 Mordfälle, an denen die Angeklagten beteiligt waren, aus der Anklage herausgenommen, weil es dafür sowieso keine Beweise gäbe. Und was sich an

den 204 Verhandlungstagen in diesem Prozeß, der über drei Jahre in die Länge gezogen wurde, abspielte, ist eine Verhöhnung der Opfer des Faschismus.

Den SS-Mördern wurden sechs Pflichtverteidiger zur Seite gestellt. Ihre erste Tat war, die Einstellung des Prozesses zu fordern! Denn die Angeklagten hätten erst 32 Jahre nach Auschwitz von den Beschuldigungen erfahren und könnten sich deshalb nicht ordnungsgemäß verteidigen! Diesem Antrag wurde zwar nicht entsprochen. Aber die Haftbefehle wurden aufgehoben bzw. für einen mit Auflagen außer Vollzug gesetzt.

Die Zeugen machten die ganze Grausamkeit dieser Männer, die hier so milde behandelt wurden, deutlich. So hat einer von ihnen bei einem Appell einen Häftling, der zu schwach war, um korrekt in der Reihe zu stehen, mit Faustschlägen und Fußtritten bearbeitet. Als der Häftling ihn fragte: „Warum schlagen Sie mich?“ erschoss ihn der Angeklagte aus einem Meter Entfernung. Pansegau machte sich einen Spaß daraus, Häftlingen beim Baden im Feuerlöschteich so lange die Köpfe unter Wasser zu drücken, bis sie ertrunken waren. Als die Faschisten vor der Roten Armee flüchten mußten und die KZs evakuierten, haben Pansegau und Olejak noch auf dem Evakuierungsmarsch auf scheußliche Weise weitere Häftlinge umgebracht.

Diese Zeugen aber fanden nicht nur kein Gehör beim Gericht. Sie wurden auf übelste Weise terrorisiert. Ein Zeuge aus

Israel wurde von zwei jungen Männern, die offensichtlich mit den Faschisten gut bekannt waren, verfolgt und erlitt in einer Verhandlungspause einen Nervenzusammenbruch. Bis ins Krankenhaus und dann ins Hotelzimmer ging die Verfolgung weiter. Man drohte ihm: Wenn er an der Beschuldigung der Nazis festhalte, werde ihm „Schlimmeres als damals in Auschwitz widerfahren“! In Todesangst sagte dieser Zeuge am nächsten Tag die Unwahrheit!

Über 12000 Menschen fanden in Jaworzno den Tod. An das Andenken dieser Opfer verschwendete das Gericht keinen Gedanken. Es wurde zugelassen, daß „alte Kameraden“ ihren Freunden im Sitzungssaal Blumen überreichten. Der „Kampfbund deutscher Soldaten“ durfte vor der Zeugenvernehmung eine Hetzschrift verteilen, in der die Zeugen verleumdet und die millionenfachen Morde der Hitlerfaschisten als Lüge hingestellt wurden.

Die schreiende Ungerechtigkeit dieses Urteils macht einmal mehr deutlich, daß — wenn überhaupt etwas — nur der massive Druck der antifaschistischen Öffentlichkeit ein deutliches Gericht zwingen kann, den Opfern der Hitlerbarbarei Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. „Lebenslanglich für alle Nazi-Mörder!“ ist die Forderung, für die wir in allen noch ausstehenden Verfahren mobilisieren müssen, soweit es in unseren Möglichkeiten liegt, wie z. B. beim Kieler Asche-Prozeß. Das sind wir den gefallenen Hitler-Gegnern schuldig.

Kieler „Asche-Prozeß“:

Antifaschisten bereiten NS-Prozeß vor

200 jüdische Bürger kommen zum Schweigemarsch

KIEL.— Intensiv bereiten sich die Kieler Antifaschisten auf den am 26. November beginnenden Prozeß gegen SS-Obersturmbannführer Kurt Asche vor, der mitverantwortlich für die Deportation und den Tod von 26 000 belgischen und französischen Juden im Nazi-Reich war (wir berichteten im RM Nr. 42/1980). Der Kieler Kreisverband der VOLKSFREIHEIT und die Genossen unserer Partei sind dabei treibende Kräfte.

Auf Initiative der Kieler VOLKSFREIHEIT entstand ein „Arbeitskreis „Asche-Prozeß“, der einen wöchentlichen Treff zur Prozeßvorbereitung angesetzt hat, zu dem verschiedene antifaschistische Organisationen und Persönlichkeiten eingeladen wurden. Er findet jeweils freitags um 20 Uhr im Kulturzentrum „Pumpe“, Haßstraße, Raum 103 statt.

Verbindungen wurden aufgenommen zum Rechtsanwalt der Nebenkläger, Herrn H.-B. Lahme, sowie zu Beate Klarsfeld in Frankreich, die in der Zeit des Prozesses auch nach Kiel kommen wird. Lahme vertrat bereits die Nebenkläger im Kölner Prozeß gegen Lischka, Hagen und Heinrichsohn. In einer Erklärung heißt es: „Der Arbeitskreis versteht sich als Kieler Unterstützungskreis der betroffenen 100 Juden und jüdischen Hinterbliebenen, die als Nebenkläger in der bevorstehenden Hauptverhandlung auftreten.“

200 Juden aus Belgien werden am ersten Prozeßtag in einem Schweigemarsch durch

Kiel demonstrieren. Am 24. 10. stellten Rechtsanwalt Serge Klarsfeld und der belgische Historiker Dr. Maxime Steinberg in Kiel eine Dokumentation zur „Endlösung der Judenfrage in Belgien“ vor. Die intensive Forschungsarbeit des Ehepaares Klarsfeld und von ihnen maßgeblich organisierte politische Demonstrationen haben die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Asche, Canaris und Ehlers, der sich jetzt selbst umgebracht hat, erst ermöglicht. Ebenfalls in Kiel weilte Maurice Pioro aus Brüssel, Präsident des Komitees zur Unterstützung der Nebenkläger. Pioro und Steinberg waren persönlich von den Verbrechen der Hitler-Faschisten schwer betroffen: Pioro, selbst nach Auschwitz deportiert, verlor dort seine Eltern und vier Geschwister, Steinberg seine Mutter.

Zum Prozeß erklärte Dr. Maxime Steinberg: „Angesichts des aufkeimenden Neonazismus ist dringend zu wünschen, daß möglichst viele jungen Menschen den Prozeß in Kiel verfolgen.“

Augsburg, 22. November



Vielfältige Aktivitäten haben die KPD und die VOLKSFREIHEIT in Bayern und Baden-Württemberg angekurbelt, um zu einem Erfolg der gewerkschaftlichen Protestkundgebung gegen den NPD-Parteitag in Augsburg beizutragen.

In Bayern beispielsweise führt die VOLKSFREIHEIT in zwölf Städten Veranstaltungen durch. Aus Baden-Württemberg werden Mitfahrgelegenheiten organisiert. Am Abend des 22. November findet in Augsburg eine VOLKSFREIHEIT-Veranstaltung statt. Geplant ist auch eine Kranzniederlegung in Dachau. Verschiedene andere Organisationen wurden angesprochen, um eine gemeinsame Mobilisierung zu erreichen. Im nächsten RM werden wir ausführlicher darüber berichten.

IG Druck Stuttgart:

Solidarisch gegen Gewerkschaftsausschluß

STUTTGART.— Solidarisch mit dem Kollegen Harald Schöpfer, der von der Landesbezirksleitung Baden-Württemberg wegen Mitgliedschaft im KBW aus der IG Druck und Papier ausgeschlossen werden soll, obwohl die Unvereinbarkeitsbeschlüsse von der IG Druck gar nicht übernommen worden sind, erklärte sich der Vorstand des Ortsvereins Stuttgart am 27.10.

„Nach eingehender Diskussion, sowohl mit dem Kollegen Schöpfer als auch mit Mitgliedern des Landesbezirksvorstandes, ist der Ortsvorstand erneut zu der Meinung gekommen, daß auf Grund des ungewerkschaftlichen Verhaltens des Kollegen Schöpfer ein Ausschluß nicht zu vertreten ist.“

Dies umso mehr, als der 12. Ordentliche Gewerkschaftstag einstimmig einen Antrag (287) angenommen hat, dessen letzter Absatz lautet: „Nach wie vor gilt für die Industriegewerkschaft Druck und Papier: Bei Wahrung weltanschaulicher und parteipolitischer Toleranz kommt es für die Mitglieder und Funktionäre darauf an, auf der Grundlage der Satzung und der Beschlüsse der Organisation sich aktiv für die Interessen der

Arbeiter und Angestellten einzusetzen.“

Wir fordern Euch auf, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, vor allem den Kollegen Schöpfer persönlich anzuhören. Der Ortsvorstand gibt im übrigen seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Hauptvorstand unter Berücksichtigung — sowohl aller vorgebrachten Gründe, als auch der Diskussion auf dem Gewerkschaftstag — dem obigen Antrag nicht stattgeben wird.“ (Aus einem Brief an den Hauptvorstand der IG Druck.)

Am 30. 10. 1980 schloß sich die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Stuttgart dem Brief seines Vorstandes an und forderte mit 63 Stimmen bei sieben Enthaltungen den Landesbezirksvorstand auf, den Ausschlußantrag zurückzuziehen.

Berufsverbot im Tiefbau

Kommunistischer Chemielaborant entlassen

LUDWIGSHAFEN.— Georg Herrmann darf nicht beim Tiefbauamt arbeiten. Der 21jährige Chemielaborant, früher Betriebsratsvorsitzender bei Kluthe in Heidelberg, wird als Sicherheitsrisiko angesehen: Er ist Kommunist, Mitglied der Roten Garde, der Jugendorganisation unserer Partei.

Nach einer Anfrage der Stadt Ludwigshafen beim Innenministerium Rheinland-Pfalz erhielt Georg nach neun Tagen — innerhalb der Probezeit — das Kündigungsschreiben. Die Beschäftigung von Kommunisten sei der Stadt nicht zuzumuten. Gegen den Genossen werden drei Flugblätter ins Feld geführt, für die er presserechtlich verantwortlich zeichnete:

• „Kein Platz an Schulen für Neonazi Deckert!“ — ein Aufruf gegen den NPD-Bundes-

• „an alle! Aufruf zur Anti-Strauß-Fete“ vom Dezember '79.

Zu den Erkenntnissen des Staatsschutzes, die gegen Georg benutzt werden, gehört auch, daß er im September 1979 bei einer Demonstration gegen den Bundeskongreß der „Jungen Nationaldemokraten“ von einem Faschisten verletzt wurde und im Krankenhaus stationär behandelt werden mußte!

Während also der Faschist Deckert weiter Kinder unterrichten darf, während Nazi-Schläger unbehelligt herumlaufen, darf Georg gerade wegen seiner Gegnerschaft gegenüber

diesen Verbrechern, wegen seiner antifaschistischen und kommunistischen Gesinnung nicht einmal im Tiefbau als Chemielaborant arbeiten. Das ist die Logik eines Staates, der die übelsten faschistischen Kräfte zu seinen Stützen zählt und seine reaktionären Grundlagen durch nichts erschüttern lassen will.

Georg Herrmann hat gegen dieses Berufsverbot das Arbeitsgericht angerufen. Der Termin ist am 3. 12. 1980. Über 100 Menschen haben bisher mit ihrer Unterschrift gegen die politische Entlassung protestiert, unter ihnen der Schriftsteller Peter O. Chotjewitz.



Georg Herrmann (im Vordergrund) bei einer Antifaschistischen Demonstration.

Ausstellung in der Westberliner Majakowski-Galerie

Heinrich Vogler in der Sowjetunion von 1923 bis 1942

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Eine Ausstellung von Heinrich Vogelers Spätwerk aus der Sowjetunion ist noch bis zum 19. Dezember 1980 in der am Kurfürstendamm 72 gelegenen Majakowski-Galerie zu sehen. Eine lobenswerte Initiative, meine ich, diese Arbeiten, die in den Jahren 1934/36 in Karelien entstanden sind, auszustellen. Zum ersten Mal werden diese Bilder, es handelt sich um 57 Zeichnungen und Aquarelle, im Westen gezeigt.

Ebenfalls kann man einen Plakatentwurf Vogelers aus dem Jahre 1933 sehen: „Reichsbischof Müller stützt Hitler, Terror und Krieg“. Damit bezog er Stellung zu den politischen Ereignissen in Deutschland. Nach 47 Jahren wurde dieser von der majakowskischen Plakatkunst beeinflusste Entwurf der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Daneben werden auch einige Arbeiten aus der Jugendstilperiode (Illustrationen, Buchumschläge, Exlibris) und den 20er Jahren gezeigt. Einen interessanten und gut gedruckten, teilweise farbigen Katalog kann man für 12 Mark erwerben.

Die Grausamkeiten des ersten imperialistischen Weltkrieges, die große sozialistische Oktoberrevolution waren Wendepunkte für den in der Romantik des Jugendstils und Träumen einer kleinbürgerlichen Märchenwelt lebenden Heinrich Vogler. 1918/19 schloß er sich den revolutionären Arbeitern Bremens an und stellte auch für die Zukunft seine künstlerische und publizistische Tätigkeit in den Dienst der Revolution. H. Vogler, der Gründer des legendären Barkenhoffs in Wörpswede, expe-

rimentierte zeitweilig dort mit einer Kommune, die logischerweise als sozialistische Insel mitten im Kapitalismus scheiterte.

1923 übergibt Vogler den Barkenhoff an die Internationale Rote Hilfe als Erholungsheim für Kinder politisch Verfolgter. Bevor Heinrich Vogler ab 1931 ständig in der Sowjetunion lebt, arbeitet er in Deutschland unermüdlich daran, die großartigen Errungenschaften des neuen Sowjetstaates bei Arbeitern, Intellektuellen und Künstlern bekannt zu machen. Einige Reisen in die Sowjetunion veranlassen ihn 1925, das Buch „Reise durch Rußland“ herauszugeben. Als 1928 die ASSO (Association Revolutionärer Bildender Künstler Deutschlands) entstand, war er einer der Gründungsmitglieder. Nachdem Heinrich Vogler endgültig in die Sowjetunion übersiedelt war, unternahm er dort ausgiebige Reisen in die entlegendsten Provinzen. Zahlreiche Skizzen und Bilder sind Zeugnis seiner Erlebnisse. Eine naturverbundene Eigentümlichkeit zieht sich durch das gesamte Schaffen Heinrich Vogelers.

Diese Ausstellung straft jene bürgerlichen Kunstkritiker Lügen, die behaupten, daß durch Heinrich Vogelers Parteinahme für den Kommunismus, für die Sowjetunion Lenins und Stalins — mit großer Begeisterung von ihm bejaht — die künstlerische schöpferische Tätigkeit gelitten hätte. Im Gegenteil!

Auch Vogelers Tod, er starb im Juni 1942 im Alter von 69 Jahren im Kreiskrankenhaus



Heinrich Vogler, Hamburger Werftarbeiter, 1927/28 (Kohle).

von Woroschilowsk, gab denjenigen, die sich nicht damit abfinden konnten, daß Heinrich Vogler Kommunist war, Anlaß zu Spekulationen. Es war die große Fürsorge der Regierung der Stalinschen UdSSR gegenüber ausländischen politischen Emigranten, daß auch Heinrich Vogler in ein von der Nazibarbarei unbedrohtes Gebiet geschickt wurde. Von Deportation kann keine Rede sein. Aus einer Postkarte an Erich und Li Weinert vom 3. Oktober 1941 ist allerdings zu entnehmen, daß

Heinrich Vogler darunter gelitten hat, nicht aktiv gegen den nazistischen Überfall kämpfen zu können. Er schrieb „...Aber schon auf der 18-Tagebahn rauschte mir jede Radumdrehung zu: „Desserteur“ aus der antifaschistischen Front! Womit habe ich mir das verdient? Unendlich schwer ist so ein Leben eines Kommunisten in dieser schweren Zeit, die die Kraft eines jeden nötig hat, und der nun außerhalb zu leben gezwungen ist in einem Dorfidyll“.

Beispiel des Kampfes gegen ausländerfeindliche Hetze

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Besonders die türkischen Kollegen in unserem Werk (Still/Hamburg) haben schon mehrfach die Initiative gegen ausländerfeindliche oder faschistische Umtriebe ergriffen. Vor kurzem lief hierzu wieder eine Aktion:

Seit einiger Zeit wurden in den Toiletten einer Abteilung massiert verletzende und primitive Parolen übelster Art gegen Ausländer an die Wände geschmiert (zum Beispiel: „Bitte spülen, Kanaker fressen alles“). Auch Hakenkreuze tauchten auf.

Die türkischen Kollegen beschwerten sich wiederholt beim Abteilungsleiter und auch beim Betriebsrat. Auch zufällig vorbeikommende Mitglieder der Geschäftsführung (GF) wurden angesprochen. Doch es passierte nichts. Leider konnte der Urheber der Parolen nicht festgestellt werden, so daß die Kollegen auch wenig Sinn darin sahen, die Schmierereien selbst zu entfernen. Vielmehr gingen sie zum Gegenangriff über: Eine größere Öffentlichkeit wurde hergestellt, indem ein Vertrau-

ensmann der Abteilung (ein türkischer Kollege) einen Beschwerdetext aufsetzte und eine Unterschriftensammlung organisierte. In dem Schreiben wurde die GF aufgefordert, die Parolen sofort entfernen zu lassen.

Morgens, eine halbe Stunde nach Schichtbeginn, hatten schon fast alle Kollegen unterschrieben. Um 8 Uhr wurde die Liste dann dem Betriebsrat übergeben, der sich sofort mit der GF in Verbindung setzte.

Als wir dann um 9.15 Uhr vom Frühstück zurückkamen, waren gerade Maler-Kollegen dabei, die Hetzparolen zu entfernen. So schnell hat die GF meines Wissens nach noch auf keine Forderung reagiert. Sie fürchtete wohl um ihr Ansehen, wenn das Ganze noch breiter bekanntgemacht würde.

Auf einen zusätzlichen Effekt der Unterschriftenaktion hoffen wir ebenfalls noch: Daß der Urheber der Parolen durch die Diskussion darüber wenigstens verunsichert und unter Druck gesetzt worden ist und so was nicht noch einmal wagt.



Streik der Fahrzeug- und Karosseriebauer in Bremen für 10,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt.

Streik der Fahrzeugbauer

Gespräch mit Streikposten bei Thiele

Volkskorrespondenz aus Bremen

Weiter im Streik für 10,5 Prozent mehr Lohn stehen die Beschäftigten des Fahrzeug- und Karosseriehandwerks in Niedersachsen und Bremen. Zur Situation in Bremen erreichte uns am 3. 11. 80 der Brief eines Lesers vom 31. 10. 80.

... Heute morgen war ich bei der Firma Thiele und habe mit den Streikposten gesprochen. Bisher streiken in Bremen die Firmen Pollmann, Thiele und Techau. Die Stimmung bei den Kollegen von Thiele ist sehr gut. Sie sind auch sehr zuversichtlich, daß sie ihre Forderungen durchbekommen. Sie stehen jeden Tag vorm Tor. Da sie aber nicht immer so viele sind (sechs bis acht), müssen sie die Leute von Fremdfirmen nach einigem Hin und Her durchlassen. Sie selber haben mit 98 Prozent für Streik gestimmt. Bei Pollmann ruht auch die Arbeit. Bei Techau haben erst die Lehrlinge alleine weiterarbeiten müssen. Heute ist es den Unternehmern gelungen, auch noch andere Kollegen für die Wiederaufnahme der Arbeit zu gewinnen.

Sie vermuten, daß sie übers Wochenende von ihrem Firmenchef wieder einen blauen Brief bekommen, in dem er ihnen mit Aussperrung droht. Das hatte er bei einem Streik vor drei Jahren schon einmal gemacht. Dies sollte mit anderen Firmen gemeinsam durchgeführt werden. Es scheiterte daran, daß

der Prokurist von Techau seine Zustimmung nicht geben konnte, weil er auf Campingurlaub war.

Sie haben auch schon Unterstützungstelegramme aus Hamburg und NRW bekommen. (Deren Tarifrunden sind gleich anschließend.) Darüber haben sich die Kollegen sehr gefreut.

Dann erzählten sie noch, daß bei einer Firma in Bremerhaven mit etwa 50 Beschäftigten die Starkstromschalttafel abmontiert wurde und verschwunden ist. Dort kann auf jeden Fall erst mal nichts laufen.

Thiele fertigt zum Beispiel Geldtransporter für Banken und fahrbare Krankenhausbetten für den Irak an. Die meisten Kollegen sind Facharbeiter. Ein Geselle verdient im dritten Gesellenjahr 11,22 Mark, der Spitzenlohn liegt etwa bei 13,25 Mark. Es gibt keinen Akkordlohn.

Ob sie gegen den leitenden Angestellten, der am 28. 10. bei dem Versuch, die Kette der Streikposten zu durchbrechen, einen ihrer Kollegen angefahren hatte, Anzeige erstatten, wissen sie noch nicht. (...)

Aufruf

Am 13. Dezember:
Heraus zur Demonstration
gegen die faschistische
türkische Junta!



Am 13. Dezember findet in Köln eine zentrale Demonstration zahlreicher Organisationen aus der Türkei gegen die faschistische Diktatur der Evren-Junta statt. Der „Rote Morgen“ ruft alle seine Leser auf, sich daran zu beteiligen!

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Weilinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

„Frieden im Aufwind“

Tagung über Friedenskampf in Westberlin

Im folgenden veröffentlichen wir das Protokoll einer Tagung, die im September auf Anregung der „Koordination für Friedensaktionen“ in Westberlin durchgeführt wurde. Diese Tagung, auf der über die Kriegsgefahr und die Perspektiven des Kampfes um den Frieden diskutiert wurde, verdient nicht zuletzt deshalb ein besonderes Inter-

Frieden im Aufwind

39 Gruppierungen, darunter die Parteien SPD, AL, SEW sowie christliche Organisationen wie Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, KIV, ESC oder Friedenszentrum M-Niemöller-Haus e.V., haben am Sonntag in Berlin-West von ihren oft sehr unterschiedlichen Positionen aus Friedensprobleme diskutiert. Als gemeinsamer Nenner der allermeisten erwies sich im Ergebnis der ganztägigen Beratungen der Wille, die Rücknahme des Raketen-Nachrüstungsbeschlusses der NATO zu erzwingen.

SPD-Vertreter war der Fraktionsgeschäftsführer im Abgeordnetenhaus, Rainer Papenfuss, der in seiner Partei eher der rechten Mitte zuzurechnen ist. Papenfuss forderte, man solle sich in diesem Kreis nicht gegenseitig den Willen zum Frieden absprechen. Er erklärte, als Sozialdemokrat könne man heute auch wieder mit Kommunisten reden, es komme für seine Partei jedoch nicht in Frage, „Volksfront-Taktiken zu unterstützen“. Mit der Entsendung dieses prominenten Sprechers hat die Sozialdemokratie dieser Stadt nach jahrzehntelanger Abstinenz neue Akzente im Hinblick auf ihre Haltung gegenüber dem zunehmend breit gefächerten Kreis von friedensbefürwortenden Gruppierungen gesetzt.

Standpunkte dargelegt

Zu der Tagung hatte die überparteiliche Koordination für Friedensaktionen in den Sälen der Moabiter Heilands-Gemeinde eingeladen. Das Spektrum der Tagung reichte vom Liberalen Hochschulverband und den Jungdemokraten, von sozialdemokratisch orientierten Organisationen, so der Berliner Initiative für Frieden, Internationalen Ausgleich und Sicherheit oder „Die Falken“ über die Liga für Menschenrechte, die Humanistische Union, Die Grünen sowie evangelische Sprecher, wie Jugendliche der Grunewald-Gemeinde, des Kirchenkreises Zehlendorf oder der CFK, über GEW, ÖTV-Betriebsgruppen, den „Künstlern für den Frieden“ bis zum Sozialistischen Büro, den Sozialistischen Studiengruppen und weiter bis hin zu KPD, Gruppe „Z“, Volksfront.

Am Vormittag wurden in drei Arbeitsgruppen die Themen beraten: A.) Wodurch wird der Frieden bedroht? B.) Tragen Politik von Senat und Bundesregierung zur Friedenssicherung bei? C.) Welche Rolle spielt der Kampf um Rohstoffe bei der Gefährdung des Friedens? Nachmittags wurde dann in vierstündiger Debatte von den zuvor herausgearbeiteten kontroversen Standpunkten aus beraten, „was können wir zur Friedenssicherung beitragen?“. Der Aussprache kam zugute,

daß die verschiedenen Gruppierungen in 28 Papieren, die zu einer Dokumentation vereint, zwei Tage zuvor verteilt worden waren, ihre Grundpositionen in Sachen Frieden dargelegt hatten.

Ungewohnt und geradezu erstaunlich war die Sachlichkeit, mit der — sowohl in den Arbeitsgruppen wie im Plenum — debattiert wurde. Sowohl die Zusammensetzung der Tagung aus den verschiedensten Bevölkerungsgruppen und Altersklassen wie auch das große Nachdenken seit Ende vergangenen Jahres mögen diesen neuen Trend begünstigt haben. Dabei bestätigten sich einerseits Differenzen, andererseits zeigte sich jedoch auch, daß in wichtigen Fragen die Positionen sich vielfach nicht wesentlich unterscheiden, oft sogar übereinstimmen. Differenzen bleiben zum Beispiel in der Frage, ob die gegenwärtige Bedrohung „durch einen oder beide Machtblöcke“ hervorgerufen wird. Allerdings wurde von einer Mehrheit Washington für die neuen Spannungen und das Drehen an der Rüstungsschraube die Schuld gegeben. Die Frage einer Neutralitätspolitik war ein anderer Punkt, an dem starke Meinungsverschiedenheiten zutage traten.

Einige Debatten-Schwerpunkte

Während zum Beispiel Ilse Schaake (KPD) für „strikte Neutralitätspolitik“ eintrat, wurde dieses Ziel von Rainer Papenfuss (SPD) als „nicht überzeugend“ abgelehnt (übrigens auch von Sprechern der SEW, von SOST und anderen Gruppen). Die Politik von Senat und Bundesregierung wurde dann aus verschiedener Sicht attackiert, darunter auch von SPD-nahestehenden Sprechern. Klaus Voy (SOST) sagte, die SPD habe „die NATO-Beschlüsse führend mit durchgepeitscht“. Dr. Biermann (BIFIAS) räumte ein, die Nachrüstungspolitik steuere auf „kollektiven Selbstmord“, daß jedoch zu berücksichtigen sei, daß die Bonner Politik weder im Inneren noch nach außen im luftleeren Raum betrieben werden könne. So gäbe es einen „negativen Druck der Bevölkerung“, der erst einmal durch Aufklärung beseitigt werden müsse. Für eine differenzierte Wertung der SPD sprach sich Peter Klaar (SEW) aus. Juso-Sprecher Striede bezeichnete die Politik der Regierung Schmidt/Genscher als „ambivalent“ und bezeichnete die Neutralitätsforderung von KPD und anderen als eine Utopie.

„Mobilmachung gegen Nachrüstung!“

Tom Fecht (Künstler für den Frieden) forderte die Teilnehmer auf, „massiv gegen den NATO-Hochrüstungsbeschluß

esse, weil sich hier Vertreter der verschiedensten politischen, gewerkschaftlichen, kirchlichen und humanitären Organisationen zu einer sachlichen Auseinandersetzung zusammengefunden haben, die von dem Willen geprägt war, gegenüber der wachsenden Kriegsgefahr zu gemeinsamem Handeln zu finden.

mobil zu machen“. „Abrüstung und Befriedung nach außen sind Voraussetzung für Demokratisierung im Inneren!“ betonte Wolfgang Hecht (Falken). Aufrüstung habe bewiesenermaßen Demokratieabbau und Rechtsruck nach sich gezogen. Renate Mogel (AL) bemängelte, es werde auf der Tagung zu wenig über „die Realitäten“ diskutiert: Afghanistan — SU, sowie Iran — USA zum Beispiel. Sie forderte dazu auf, nicht nur gegen eines der beiden Militärpotentiale aufzutreten. Dr. Gerlinghoff (Ständiger Arbeitsausschuß für Frieden...) wandte sich gegen die Behauptung, Anhängern gegen die US-Aggressionspolitik laufe auf Anti-Amerikanismus hinaus. Vielmehr tue man damit Wichtiges auch im Interesse des USA-Volkes.

W. Gahr (Volksfront) rief zu gemeinsamer Arbeit aller Friedensgruppierungen auf. Die Anwesenheit von SPD-Fraktionsgeschäftsführer Papenfuss bezeichnete Juso-Vertreter Uli Ronnger als Beweis dafür, daß die Linke in der Sozialdemokratie in der Offensive sei und Mitte sowie Rechte seiner Partei sich

den Kirchen massiv zu unterstützen“. Pfarrer Lietz (Heilands-Gemeinde) entgegnete, wenn man Gemeinsames wolle, müsse man zugleich die Differenzen bewußter machen.

„Wieder zuhören lernen!“

Gerhard Armanski (SB) schlug vor, nicht so sehr Koordinations-Aktivitäten zu organisieren, vielmehr sich Demonstrationen oder Veranstaltungen beteiligter Organisationen anzuschließen. Harvey Gundlach (SEW) begrüßte, daß hier begonnen werde, „wieder zuhören zu lernen“. Die vielversprechend begonnene Aussprache der Friedenskräfte dieser Stadt müsse weitergeführt werden. Ronnger (Jusos) schlug vor, Anfang nächsten Jahres eine weitere Tagung der Koordination, diesmal jedoch nur zu einem der angeschnittenen Grundsatzprobleme anzusetzen, da die Tagung sich „als guter Ansatz“ erwiesen habe. „Ich finde es toll, daß so viele hier mitarbeiten!“ rief Angelika Lanig (AS/F) den Tagungsteilnehmern zu. Sie for-



Ca. 5000 Menschen demonstrierten am 8.11. in Bonn für Frieden, gegen die Bonner Kriegspolitik.

deren Aktivitäten nicht mehr entziehen können. Nun gelte es unter anderem, die antimilitaristische Tradition der Sozialdemokratie wieder zu beleben. Pfarrer Maechler von KIV betonte: „Rüstung tötet schon ohne Krieg!“ Gegen „das Geschäft mit der Angst“ wandte sich Cornelia Füllkrug (ESG), und sie schlußfolgerte: „Keine Dämonisierung mehr — auch nicht gegen Kommunisten!“

Christen in der Debatte

Der katholische Priester Dr. Hebler (CFK) wies darauf hin, daß seit dem NATO-Raketenbeschluß die zunehmende Friedensgefährdung überall akuter empfunden werde. Aus Ungeduld dürften nun nicht zu globale Forderungen gestellt werden. Vor allem müsse jetzt das gegenseitige Vertrauen unter den Friedenskräften gestärkt werden. Pfarrer Dr. Schulze (Friedenszentrum M.-Niemöller-Haus) hob hervor, Friedensarbeit müsse gleichzeitig Kulturkritik beinhalten und einen Ausgleich zwischen Übersättigten bei uns und den weniger Habenden in der 3. Welt anstreben. Er rief dazu auf, „die Friedensaktivitäten in

derte zu verstärkter Unterstützung des Sühnezeichen-Jugendhearings im November auf. Jungdemokraten-Sprecher Löffler bedauerte, daß in der Diskussion nicht zu der beabsichtigten gemeinsamen Großveranstaltung mit kontroversen Sprechern Stellung genommen worden sei; ohne eine solche Veranstaltung habe für ihn die Koordination keinen Sinn. Irmgard Kohlhepp (Grüne) wertete dagegen die Tagung als positiv, wie fast alle anderen Teilnehmer. Pfarrer Denecke (CFK) entgegnete dem Jungdemokraten, eine gemeinsame Veranstaltung dürfe nicht nach außen hin Verwirrung schaffen.

Koordination soll auswerten

Wie geplant, ging die Tagung ohne Erklärung oder Entschließung zu Ende. Das Ziel, Verständnis für die verschiedenen Gruppierungen zu wecken, war erreicht. Die Koordination wird auf ihrem nächsten Treffen die Tagung auswerten und über eine eigene Versammlung mit Rednern verschiedener Richtungen beraten. Zu zahlreichen Terminen wurde von den teilnehmenden Gruppierungen aufgerufen. P. Teppich

„Roter Rebelle“ 11/80 erschienen

Der „Rote Rebelle“ erscheint aus drucktechnischen Gründen jetzt immer am 15. des Monats.



Tarifrunde: Kampf um jeden Pfennig • RGO-Kongreß: Interview mit Thomas Scheffer • Rote-Garde-Seminar: Den Frieden schaffen mit unseren Waffen • Ein neues Buch: Kreml intern • Und: 1981 geht's nach Canada •

Preis nur 50 Pfg.

Aus dem Inhalt:

Titelgeschichte: Ausländer — Juden von heute
Bericht über ein antimilitaristisches Seminar der Roten Garde
Kampf um jeden Pfennig — Tarifrunden vorbereiten
RGO-Kongreß — Interview mit Thomas Scheffer
Jetzt der Schauspieler — zu den Wahlen in den USA
Kreml intern — eine Buchbesprechung
Canada — die Vorbereitungen für das V. Internationale
Jugendlager laufen bereits

Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, Wellenhofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

Antimilitaristische Veranstaltung in Dortmund

Bemühungen um Gemeinsamkeit im Friedenskampf

DORTMUND. — Am 7. November fand in Räumen der Universität Dortmund eine Veranstaltung des antimilitaristischen Komitees Dortmund statt, das sich aus Anlaß der Rekrutenvereidigung in Kamen im September gebildet hatte. Unter der Frage „Wie aggressiv ist die Bundeswehr?“ sollte diese Versammlung einerseits dazu dienen, antimilitaristische Informationen zu verbreiten und Friedensperspektiven vorzustellen, andererseits für die Demonstration am nächsten Tag in Bonn zu mobilisieren.

Vor den rund 90 Teilnehmern stand ein langes Programm mit vier Redebeiträgen und drei Musik- bzw. Kabarettbeiträgen, von denen einer dem miserablen Wetter zum Opfer fiel.

Auffallend dabei die gewachsene Bereitschaft miteinander sachlich zu diskutieren, was angesichts der Lage ja auch nicht tut.

Die Redebeiträge befaßten sich mit der Geschichte der Wiederaufrüstung und des Widerstandes dagegen, mit der Rolle der Bundeswehr innerhalb der NATO, sowie mit Perspektiven des Friedens, darunter auch dem Friedensplan der KPD.

Dabei wurde immer wieder deutlich, wie wichtig die Rolle der Gewerkschaften im Friedenskampf in Vergangenheit und Gegenwart ist, und es wurde auch deutlich, daß innerhalb der Gewerkschaften heute der Widerstand gegen Aufrüstung und Militarismus wächst, wie anhand zahlreicher Anträge zu den verschiedenen Gewerkschaftstagen bewiesen wurde. Dabei wurde auch bemerkt, daß zum Beispiel dem Gewerkschaftstag der IG Druck und

Papier ein Antrag aus München vorlag, der den Austritt aus der NATO forderte.

Die Diskussion um den Friedensplan der Partei zeichnete sich dadurch aus, daß einer Reihe von Teilnehmern die konkreten Forderungen dieses Plans für die Bundesrepublik als einleuchtend und als positive Grundlage erschienen.

Nicht zuletzt unter dem Eindruck des verschärft aggressiven Kurses, den der amerikanische Imperialismus unter einem Präsidenten Reagan steuern wird, erschien die Forderung nach Neutralität zahlreichen Versammlungsteilnehmern als sinnvoll und notwendig.

Insgesamt war es bezeichnend, daß die Bemühungen um Gemeinsamkeit wesentlich ausgeprägter waren, als früher, ein Hinweis dafür, daß die Notwendigkeit des Friedenskampfes besser verstanden und gespürt wird als früher. Von den kulturellen Beiträgen soll hier noch der gelungene Kabarett-auftritt der Bremer Stadtquerulanten erwähnt werden, die die Lächer und die Herzen auf ihrer Seite hatten.

Interview mit Barry Weisberg, Mitglied des ZK der KPUSA / ML

„Bei uns kommt der Faschismus im Cowboyhut“

Ein Redakteur des „Roten Morgen“ hatte die Gelegenheit, kurz nach dem Bekanntwerden des Sieges von Ronald Reagan in der Präsidentschaftswahl der USA, mit dem Genossen Weisberg zu sprechen. Der „Rote Morgen“ nutzte diese Möglichkeit, nach der Einschätzung unserer Bruderpartei aus den USA über die augenblickliche Entwicklung und Lage in den USA zu fragen.

RM: Genosse Weisberg, was bedeutet nach Meinung der amerikanischen Kommunisten der Wahlsieg Reagans, und wie kam er zustande?

Die Massenbasis des Faschismus mobilisiert

B. Weisberg: Nun, allgemein gesagt, bedeutet Reagans Wahl eine Eskalation der weltweiten aggressiven Politik des USA-Imperialismus. Reagan vertritt die aggressivsten Kreise des amerikanischen Finanzkapitals. Er war von jeher stramm arbeit- und gewerkschaftsfeindlich. Was nun das genau heißt: fragen wir uns, wer Reagan wählte. Dabei ist zu bemerken, daß die Wahlbeteiligung mit rund 52 Prozent weiter gesunken ist, daß dies die geringste Wahlbeteiligung seit über 20 Jahren war. 27 Prozent der Wahlberechtigten gaben Reagan ihre Stimme.

Die Arbeiter haben Reagan nicht in breitem Maße gewählt, die Wahlbeteiligung des Industrieproletariats war unter dem Durchschnitt. Gewählt haben ihn dabei vor allem die Arbeiteraristokratie, die White Collar Workers, die Groß- und Mittelfarmer, und sehr stark auch die Kleinstädte insgesamt und die kleinen Unternehmer und Geschäftsleute. Das ist, dies muß man feststellen, die traditionelle Massenbasis des Faschismus. Diese Basis hat Reagan besser mobilisiert als jeder andere seit den 30er Jahren. Die neu entstandenen Parteien oder diejenigen, die sich nach längerer Zeit wieder betätigten und die ein Ergebnis der tiefen aktuellen Krise sind, haben es nicht geschafft, solche Potentiale zu mobilisieren. Citizens Party oder Libertarian Party erreichten nur Bruchteile der erhofften Stimmzahlen.

Und es gab nicht nur Reagans Sieg, sondern auch in den beiden Häusern und bei den Staatsgouverneuren haben die Republikaner gesiegt, gab es

viele Änderungen, Abwahlen.

Alles dies zeigt, daß es sich um eine wachsende Polarisierung der politischen Lager handelt, wobei die Rechten wesentlich mehr sind und schneller anwachsen. Die Linke ist gespalten, es gibt kein Zentrum, keine führende Kraft, die die demokratische antiimperialistische Bewegung organisiert. Eine Widerspiegelung davon ist die — von bürgerlichen Statistikern gemachte — Schätzung, daß von den nationalen Minderheiten, den Schwarzen, den Chicanos usw., nur rund jeder einhundertste zur Wahl ging.

Diese Entwicklung steht vor dem Hintergrund der letzten zehn Jahre, in denen der USA-Imperialismus insgesamt an Einfluß verloren hat.

Nicht, daß er damit keine imperialistische, aggressive Supermacht mehr wäre, daß er etwa defensiv geworden wäre. Er ist auch nicht schwächer als die UdSSR, im Gegenteil. Der USA-Imperialismus bleibt die stärkste imperialistische Macht der ganzen Welt und wird dies auch noch einige Zeit bleiben. Aber dennoch war dies Anlaß, daß die Monopolkapitalisten versuchten ihre Macht und ihre Alliierten zu stabilisieren. Und dabei gelang ihnen mit Reagans Sieg eine entscheidende Wende hin zur offenen Intervention, zur Steigerung der Kriegspolitik.

RM: Du sagtest, Reagan sei es gelungen, das faschistische Potential zu mobilisieren, eine Wende zu erzielen. Wie hat er das gemacht, auf was hat er dabei gebaut, wie sieht die Kontinuität des rechten Flügels der Republikaner von Goldwater über Nixon zu Reagan aus?

B. Weisberg: Es ist eine Tatsache, daß es diesen Flügel gibt. Aber die faschistischen Kräfte, die offenen Faschisten, die sind nicht vor allem in der Republikanischen Partei. Aber sie sind für Reagan. Die Gefahr des Faschismus, sie kommt nicht vor allem vom Ku-Klux-Klan oder den Nazis, obwohl sie gefährlich sind und ganz entschieden bekämpft werden müssen. Die hinter ihnen versteckten Faschi-

sten, die Moral Majority, die New Right und erklärte Teile des Monopolkapitals selbst, die am Krieg interessiert sind, das sind die wahren faschistischen Gefahren. Hier hat Reagan Fortschritte bei der Einigung gemacht, obwohl es noch längst nicht abgeschlossen ist.

Bei diesem Prozeß hat er sich auf die reaktionärsten, bekanntesten Politiker und Experten inner- und außerhalb der Republikanischen Partei gestützt. Schau Dir doch Reagans Mannschaft an! Alle diese Shultz, Kissinger, General Haig, das waren doch Goldwa-



Expräsident Ford war der bekannteste der früheren Nixonleute, die für Reagan eintraten.

ters und das waren doch vor allem die Leute Nixons. Oder Senator Jackson und so weiter und so fort. Das ist doch die Nixon-Mannschaft, die mit Watergate verbunden war und die...

RM: Wenn Du gerade Watergate erwähnst: Was hatten diese Ereignisse eigentlich für eine Bedeutung, was haben sie gerade auch für die demokratische Bewegung in den USA bedeutet?

Der Sieg von Watergate

B. Weisberg: Das war sehr wichtig. Sehr, sehr wichtig. Die Leute haben etwas von dem gesehen, was wirklich läuft, was da vor sich geht, wie skrupellos und verkommen diese Mächte, die uns regieren, sind, wie wenig Wahlen dabei wert sind. Das brachte einen wichtigen Aufschwung. Daß Nixon zurücktreten mußte, das war ein großer Sieg der amerikanischen demokratischen Bewegung, die darum intensiv gekämpft hat.

Seitdem aber hat sich auch die Rechte besser organisiert, hat sich besser zusammengeschlossen, Streitigkeiten beiseitegestellt und sich unter Reagans Führung gestellt. Goldwater 1964 hatte schlechte Chan-

cen — damals hatte es weder die Vietnam-, noch die Iran-, noch die Watergate-Niederlage gegeben. Jetzt wurde verstärkt von den Monopolen ein Ausweg gesucht, und den bietet zunächst einmal eben Reagan an.

Innenpolitisch bedeutet dies: konzentrierte Angriffe auf die Gewerkschaftsbewegung, drastische Kürzung der sozialen Wohlfahrtsprogramme und verstärkter Ausbau der Sicherheits- also Unterdrückungsorgane. Eben, wenig kaschiert,



Die neue Führungsmannschaft: Reagan und sein Vize, der frühere CIA-Chef Bush.

die klassische Politik Kanonen statt Butter, denn diese schmilzt, wenn die Kanonenrohre heiß werden.

Weltanschaulich bedeutet dies: Eine wilde Kampagne zur Klassenzusammenarbeit, also zur Ausbeutung der Arbeiterklasse, eine organisierte, mit allen Mitteln verbreitete Welle des nationalen Chauvinismus, eine Wiederbelebung, Wiederverstärkung des weißen Rassismus und die weitere Verstärkung des Antikommunismus.

So ist die innere Situation, die also dem, was schon zur Außenpolitik gesagt wurde, entspricht. Man muß das so sagen: Heute ist die Gefahr eines faschistischen Staates in den USA größer als je seit den 30er Jahren. Dies ist noch kein fertiger Prozeß, aber das entwickelt sich.

RM: Ein faschistischer Staat in den USA, das hätte doch große Auswirkungen auf die ganze Welt?

B. Weisberg: Allerdings, und dieser Prozeß vollzieht sich auch sehr schnell. Die Auswirkung auf die Arbeiter, auf die Schaffenden aller Länder dieser Welt wäre geradezu barbarisch, denn die Gefahr eines neuen Krieges würde ins Unermeßliche steigen! Deshalb muß auch die demokratische Bewegung verstärkt werden, muß sie ihre Kräfte anspannen.

Die Haltung der großen Familien

RM: Wir hier in der Bundesrepublik, und wohl alle politisch einigermaßen interessierten bzw. informierten Menschen auf der Welt, verbinden mit der amerikanischen Politik stets auch einige besonders bekannte Namen aus den Kreisen des Finanzkapitals. Was hatten diese Gruppen für eine Stellung zur Wahl?

B. Weisberg: Das Erstaunliche war, daß die großen imperialistischen Familien, wie vor allem

die Rockefellers und die Morgans, sich überhaupt nicht geäußert haben, sich herausgehalten haben wie noch nie. Ihre Banken und Monopole haben die Wahlkampfsammlungen beider Parteien unterstützt.

Aber es ist nicht zufällig, daß die Basis Reagans, wie einst auch die Nixons und Goldwaters, ausgerechnet Kalifornien war. Dort ist ein ganz wichtiges Zentrum der amerikanischen Rüstungs-, Flugzeug- und Raumfahrtindustrie. Und in diesem militaristischen Komplex haben natürlich auch die großen imperialistischen Clans mächtige Summen stecken.

Und jene Teile des Monopolkapitals, wie die Stahl- und die Automobilindustrie, die jetzt, im Vergleich zu anderen Zweigen, besonders große Schwierigkeiten haben, die hatten natürlich auch ein direktes Interesse an Reagans Wirtschafts- und Außenhandelsprogramm, mit Importeinschränkungen und so weiter.

Aber es lag keine offene Unterstützung des Monopolkapitals vor, keine deutliche, überall sichtbare Unterstützung, so daß er sich ohne allzu große Schwierigkeiten eben in bestimmten Bereichen als der Kandidat des „kleinen Mannes“ präsentieren konnte.

Es ist bei uns eben so, daß der Faschismus nicht in braunen Hemden und auch nicht vor allem unter den Klankapuzen kommt, sondern im Cowboyhut, in Cowboystiefeln.

RM: Nun, wir sind überzeugt davon, daß Deine Ansichten, daß die Einschätzung unserer amerikanischen Bruderpartei, unsere Genossen und unsere Leser sehr interessieren wird. Wir danken Dir für dieses Gespräch und möchten Dich bitten, unseren Kollegen von „Unite“ unsere besten kommunistischen Grüße zu bestellen.

B. Weisberg: Das werde ich tun, und ich bedanke mich auch für die Gelegenheit, mit Euch zu reden.



Reagans Kurs symbolisch: Krieg

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5960 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5960 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Vor dem neuen Gerichtstermin

Gespannte Lage in Polen

Kania droht

WARSAWA. — Am Montag dieser Woche stand vor dem Obersten Gerichtshof Polens die Entscheidung über die Revisionsanträge der Gewerkschaft „Solidarität“ gegen die willkürlichen Satzungsänderungen der ersten Instanz. Der Gewerkschaftsbund hat seine Absicht erklärt, für seine politische Freiheit notfalls abermals in den Streik zu treten. Das beantwortete Parteichef Kania mit einer Drohung von antisozialistischen Kräften, die am Werke seien.

Gewerkschaftsführer Walesa betonte in den letzten Tagen bei verschiedenen Gelegenheiten, daß es der „Solidarität“ nicht um Kampf zu tun sei. Für die freie Gewerkschaft geht es lediglich darum, daß die aufgrund des Streikkampfes gemachten Zusagen auch eingehalten werden.

Sollte das Oberste Gericht den willkürlichen Akt aus der ersten Instanz bestätigen, als ein Gericht aus Warszawa selbstherrlich die Statuten von „Solidarität“ veränderte und dort die führende Rolle der polnischen Revisionistenpartei verankert sehen wollte, so wird es abermals zu Streiks kommen. Diese sollen zunächst begrenzt beginnen und dann ausgeweitet werden.

Unterdessen wächst die Unzufriedenheit offensichtlich

auch an der Basis der revisionistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Auf verschiedenen regionalen Parteitreffen gab es heftige Kritik an der bisherigen Führung, der vor allem vorgeworfen wurde, keinerlei Diskussion mit der Parteimitgliedschaft geführt zu haben, sich stattdessen bereichert zu haben. Um diese Unzufriedenheit zu beruhigen, wurden die verschiedenen Wirtschaftsprozesse gegen enge Mitarbeiter Gierks auch in der letzten Woche fortgesetzt.

In allen Beiträgen zur gegenwärtigen Lage in Polen wird dabei auf die Gefahr eines russischen Einmarsches direkt oder indirekt hingewiesen. Indem die unerschütterliche Bündnistreue von Kania propagiert wird — was ihm durch die aggressiven Maßnahmen der

CSSR und der DDR nicht gedankt wurde — oder indem von „Solidarität“ aus betont man sei auch auf einen russischen Einmarsch vorbereitet. Kania, das ist klar, verschärft im Augenblick seinen Kurs ein wenig, um das ihm in Moskau faktisch gestellte Ultimatum zu erfüllen. Ob er es dabei wagen wird, offen bereits gemachte Zusagen zu brechen, wird, man sei auch auf einen hängen, wie entschlossen die freie Gewerkschaftsbewegung Unterdrückungsmaßnahmen entgegengetreten wird.

Achtung!
Im nächsten RM veröffentlichen wir ein Interview mit einem Leser, der während des Streiks auf der Lenin-Werft war.

Chun säubert weiter

Todesurteil gegen Kim Dae Jung bestätigt

SEOUL. — In der ersten Revision bestätigte ein Gericht der südkoreanischen Militärdiktatur das ausgesprochene Todesurteil gegen den Oppositionsführer Kim Dae Jung.

Für die Diktatur des Geheimdienstgenerals Chun wird es offensichtlich zusehends zu einer Machfrage, dieses Urteil gegen die wachsenden inneren und internationalen Proteste durchzusetzen.

Zur selben Zeit bereitet er im Rahmen seiner Kampagne zur „nationalen Erneuerung“ Maßnahmen vor, alle oppositionellen Politiker offiziell ihrer

Rechte zu berauben. Jeder „korrupte“ Politiker oder solche, die „aufrührerisch“ sind, sollen acht Jahre lang selbst die Redefreiheit verlieren.

Vor diesem Hintergrund wird die letzte Revision des Kim-Urteils vor dem obersten Gericht des Landes zu einem wichtigen Markstein der Entwicklung.

Auch in der Bundesrepublik

fanden verschiedene Aktionen zum Protest gegen die Chun-Diktatur und das Urteil gegen Kim statt. Die Teilnehmer eines Südkorea-Tribunals in Köln Ende Oktober beschlossen, eine politische Kampagne gegen die Diktatur zu organisieren. Diese Initiative wird von zahlreichen Organisationen und demokratischen Persönlichkeiten getragen. Nebenstehend drucken wir die dort gefaßte Resolution ab.



So wie diese Kanonen im Frühjahr Kwangju erstickten, so soll jetzt das ganze Land blutig befriedet werden.

Fuerza Nueva mit Maschinengewehren

Faschistenaufmarsch im Baskenland

MADRID. — Bei einer zentralen Veranstaltung der faschistischen Fuerza Nueva (Neue Kraft), Partei in Vitoria (Euzkadi) erschossen die Faschisten einen baskischen Jugendlichen.

Zu der Kundgebung, die vom zuständigen Gouverneur verboten worden war, kamen Lastwagenkonvois der Faschisten aus ganz Spanien. Überall waren Protestaktionen gegen diese Provokation der Partei von Blas Pinar vorbereitet worden, weshalb die Polizei sich gezwungen sah, die anrückenden Horden wieder wegzuschicken. Dabei gab es sechs Verhaftungen — davon drei Polizisten, die ihre Dienstwaffen mitgebracht hatten. Mehr als zehn Maschinenpi-

stolen, drei Dutzend Pistolen und Messer wurden beschlagnahmt.

Diese neue Kraft, in Wirklichkeit ein Zusammenschluß der extremen alten Franco-Faschisten, ist der der Stoßtrupp der Reaktion in Spanien. Die Veranstaltung in Vitoria stand im Rahmen einer aktuellen Kampagne gegen das Ehescheidungsrecht, für die Legalisierung des Konkubinats (!), die die Faschisten gerade landesweit führen.

Ihr hauptsächliches Mitgliederreservoir sind die von der Monarchie übernommenen alten Machtorgane Francos: Polizei, Armee und Strafvollzug.

Daß die Faschisten ihre Kundgebung ausgerechnet im Baskenland durchführen wollten, das von Franco besonders blutig unterdrückt wurde, stellte eine wahre Provokation dar, die durch die breiten politischen Massenaktionen verhindert wurde.

Während Karmal in Moskau bleibt Fraktionskämpfe in der afghanischen Marionettenpartei

Nicht nur Amin, auch Taraki wird jetzt verurteilt

KABUL. — Als sowjetische Truppen im letzten Jahr Hafizullah Amin, kurz zuvor noch als großer Freund gefeiert, absetzten und Babrak Karmal, kurz zuvor noch als Feind bezeichnet, an die Macht brachten, geschah das unter dem Vorwand, die normale Entwicklung wiederherzustellen. Heute hört sich alles ganz anders an.

Amin, so wurde damals gesagt, habe einen Weg der Volksausrottung à la Pol Pot gehen wollen, sei ein Agent des CIA gewesen und habe seinen Vorgänger beseitigt, der eine volkrevolutionäre Politik verfolgt hätte.

Heute dagegen wird vom jetzigen afghanischen Regime selbst der westlichen Presse gegenüber offen davon gesprochen, daß auch Tarakis Kurs in die Katastrophe geführt hätte.

Das ist einerseits der Versuch, sich angesichts des vorhandenen Widerstandes im Land von diesen früheren „Führern“ zu distanzieren, um so eine Beruhigung zu erzielen. Andererseits ist es Ausdruck der

wachsenden Widersprüche in der aus zwei Fraktionen zusammengezwängten demokratischen Volkspartei Afghanistans.

Die Parcham-Gruppierung Babrak Karmals versucht dabei, die gesamte Verantwortung für die Verbrechen Amins dessen Khalk-Leuten in die Schuhe zu schieben — ohne freilich zu erwähnen, daß Amins Chef der Sicherheitspolizei unter Karmal bis vor kurzem Innenminister war und jetzt als Botschafter im Ausland in Reserve steht. Diese Widersprüche werden weiter verschärft durch die Tatsache, daß Karmal seinen Moskau-besuch bereits zwei Wochen über den vereinbarten Zeitraum hinaus ausgedehnt hat ...

Resolution

Wir, die Teilnehmer am Südkorea-Tribunal in Köln, richten folgende Resolution an die deutsche und internationale Öffentlichkeit, an die Menschen Koreas im Land selbst und in der Emigration!

Wir erklären unsere Solidarität mit allen, die in Südkorea unter Verfolgung, Folter und Elend leiden. Wir fordern von den südkoreanischen Behörden:

- Leben und Freiheit für alle politischen Gefangenen
 - Aufhebung des Kriegsrechtes, der Zensur, der Partei- und Gewerkschaftsverbote
 - Wir fordern von der Regierung der Bundesrepublik:
 - Stopp jeder Wirtschaftshilfe, bis das Kriegsrecht aufgehoben ist
 - keinerlei militärische und politische Zusammenarbeit mit der Diktatur
 - Einwirkung auf die USA, mit dem Ziel, sie zu einem Abzug ihrer Besatzungstruppen zu bewegen
 - Unterstützung aller internationalen Initiativen, die auf Unabhängigkeit, Blockfreiheit und friedliche Wiedervereinigung ganz Koreas gerichtet sind
 - Aufnahme von Beziehungen zur demokratischen Opposition Südkoreas
- Die Teilnehmer des Südkorea-Tribunals befürworten, daß auf breiter, überparteilicher Grundlage ein Kim-Dae-Jung-Rettungskomitee aufgebaut wird und daß von diesem ein zweites Tribunal für Anfang 1981 vorbereitet wird.

Köln, den 26. 10. 1980

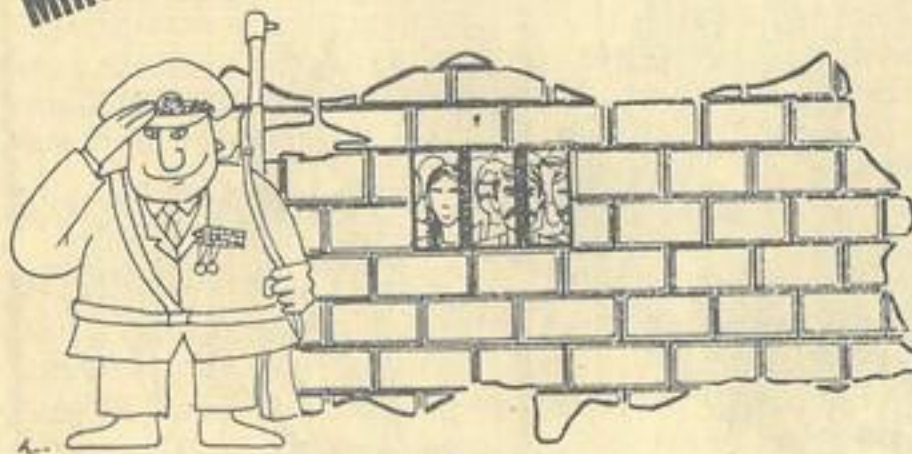
Eine neue Zeitung über die Türkei erscheint

Die erste Nummer von „Tatsachen aus der Türkei“ ist soeben erschienen. Diese antifaschistische und antiimperialistische Zeitschrift dient in erster Linie dem Kampf gegen das faschistische Regime der Evren-Junta. Wir empfehlen sie jedem Leser des „Roten Morgen“, der an den Vorgängen in der Türkei Interesse hat.

Nr.: 1 Oktober 1980 1,- DM

Tatsachen aus der Türkei

Militärjunta in der Türkei



Inhalt

Warum erschien TATSACHEN AUS DER TÜRKIE?	2	Faschistischer Militärputsch in der Türkei	7	Armeen	10
Vier Wochen nach dem Putsch: Die Galgen stehen schon	3	Die Armee: verflochten mit dem Monopolkapital	11	Seine Partei: eine faschistische Militärdiktatur	12
Die faschistische Junta an der Arbeit	5	Die Funktion von Militärputsch, Kriegsrecht und			

„Tatsachen aus der Türkei“ erscheint monatlich und ist zu be-

ziehen durch: C. Boztepe, Hackländerstr. 2, 5 Köln 30.

Meldungen

Philippinen: Hungerstreik

MANILA. — 135 politische Gefangene traten in der philippinischen Hauptstadt in der letzten Woche in den Hungerstreik.

Dieser Hungerstreik richtet sich gegen die unmenschliche Behandlung der politischen Häftlinge in den Gefängnissen der Kriegsrechtstaktatur des Präsidenten Marcos. Im letzten Jahr waren mehrere Häftlinge ermordet worden.

Zur selben Zeit begann vor einem Manilaer Militärgericht ein neuer politischer Prozeß gegen drei oppositionelle Politiker, denen einmal mehr eine „Verschwörung“ gegen Marcos zur Last gelegt wird. Diese abermalige Verschärfung des politischen Terrors steht vor dem Hintergrund der wachsenden Isolation der Marcos-Sippe, die das Land beherrscht. Selbst der hohe katholische Klerus ist inzwischen auf Oppositionskurs gegangen.

Frankreich: 6 000 Autoarbeiter entlassen

PARIS. — „Vorzeitiger Ruhestand“ wird die jetzt in Frankreich begonnene Entlassungswelle der Automonopole genannt.

Der viertgrößte Autokonzern der Welt, die Peugeot-Citroen, will dabei rund 4000 Arbeiter über 56 Jahre entlassen, die mit 70 Prozent ihres letzten Bruttogehaltes abgefunden werden sollen (1500 davon bei der Tochterfirma Talbot), der Staatskonzern Renault rund 2000 Arbeiter, denen 80 Prozent vom letzten Nettolohn geboten wird. Während die Gewerkschaften das Angebot bei Peugeot akzeptieren, gab es bei Talbot heftige Auseinandersetzungen.

Pakistan: Militärgerichte überall

ISLAMABAD. — Amnesty International klagte in der vergangenen Woche das Militärregime Zia Ul Haq heftig an.

Pakistan sei das Land in Asien, wo in den letzten zwölf Monaten die meisten Todesurteile gefällt worden seien. Dabei wird noch besonders angeprangert, daß die Militärgerichte zahlreiche Zivilisten ohne das Recht auf Berufung zum Tode verurteilt haben.

Die Bevölkerung Pakistans muß den Blutzoll dafür bezahlen, daß Zia sich den Supermächten als starker Mann und Partner anbieten will — dafür muß er jede Opposition blutig unterdrücken.

China: Neue Grenzpolizei

GUANGDONG. — Eine neue Spezialeinheit der Polizei wurde jetzt in der VR China geschaffen.

Diese Grenzpolizei dient dem Kampf gegen die illegale Auswanderung nach Hongkong, die immer massivere Formen annimmt. Laut britischen Berichten hat sich die Zahl der illegal aus China Flüchtenden in Hongkong um das Dreifache erhöht in drei Jahren.

Der Hintergrund dazu: An der Universität Shanghai ergab eine Befragung, daß 40 Prozent der Studenten mit der Lage im Lande — aus unterschiedlichen Gründen — völlig unzufrieden sind.

Münchner Polizeivizepräsident erneut kaltgestellt

Um eine öffentliche Rekrutenvereidigung in München vor dem Protest der Bevölkerung zu schützen, hatte das bayrische Innenministerium insgesamt 1 000 Polizisten aus ganz Bayern in der Landeshauptstadt zusammengezogen. Den Einsatz dieses riesigen Aufgebots sollte eigentlich der Münchner Polizeivizepräsident Wolf leiten. Doch dann kam es ganz anders.

Unmittelbar vor der Vereidigung wurde Wolf, der sich darob „zutiefst gedemütigt“ fühlte, von seinem Kommando abgelöst.

Polizeipräsident Schreiber mußte aus seinem Urlaub zurückkehren und die Sache in die Hand nehmen. Ungeöhnliche Vorgänge — im Herrschaftsbereich von Franz Josef Strauß allerdings gehören sie zum politischen Alltag. Es ist erst wenige Monate her, daß dem armen „gedemütigten“ Polizisten Wolf schon einmal ein Kommando entzogen wurde. Das war auf dem Marienplatz gewesen, wo der damalige Kanzlerkandidat Strauß eine Wahlrede hielt.

Wolf befahl die zum Schutz von Strauß abgestellte Polizei. Er führte dieses Amt allerdings nicht zur Zufriedenheit des Exkandidaten aus. Denn als der von ihm verlangte, Wolf solle „Stoppt-Strauß“-Transparente auf dem Marienplatz beschlagnahmen lassen, machte der Polizeivizepräsident

rechtliche Bedenken geltend und weigerte sich. Daraufhin entthob Strauß höchstpersönlich den Polizisten der Einsatzleitung und schickte ihn nach Hause. Für einen Mann wie den CSU-Chef ist es wohl auch unverständlich, daß ein Polizeibeamter sich weigert, ungesetzliche Forderungen sofort in die Tat umzusetzen. Nun hat Wolf offensichtlich wieder einmal die Rache des bayerischen Landesfürsten getroffen.

Den Strauß-Kenner wundert das nicht. Denn der Exkandidat ist im Umgang mit unbotmäßigen Polizisten noch nie zimperlich gewesen. Da gab es zum Beispiel während Straußens Amtszeit als Kriegsminister in Bonn den Fall Hahlbohm. Polizeihauptwachmeister Hahlbohm tat auf einer Kreuzung vor dem Bundeskanzleramt Dienst, als am 29. April 1958 der Straußsche Mercedes heranrauschte. Obwohl Hahlbohm die Kreuzung nicht freigegeben hatte, gab Strauß seinem Fahrer

den Befehl weiterzufahren. Es kam dabei um ein Haar zu einem Zusammenstoß mit einer Straßenbahn. Als der Polizist zu verstehen gab, er werde gegen den Fahrer des Ministerwagens Anzeige erstatten, sagte Strauß: „Geben Sie mir Ihren Namen. Ich werde dafür sorgen, daß sie von der Kreuzung verschwinden.“

Und diese Drohung wurde auch wahrgemacht. Strauß verlangte vom Bonner Polizeipräsidenten und vom damaligen NRW-Innenminister Dufes die Maßregelung des pflichtbewußten Polizisten und seine Entfernung aus dem verkehrspolizeilichen Dienst. Als dieser Skandal ruchbar wurde, hängte Strauß dem Wachmeister Hahlbohm auch noch ein Strafverfahren wegen „Verletzung der Amtverschwiegenheit“ an.

So kann es jemandem ergehen, der auf der irrigen Ansicht beharrt, die Gesetze in diesem Land hätten auch für einen Strauß zu gelten.

Carstens geht aufs Abstellgleis

In der letzten Woche mischte sich unser Bundespräsident wieder einmal unter Volk. In Aachen besuchte er Studenten, die wegen der akuten Wohnungsnot in ausrangierten Waggons der Bundesbahn auf einem Abstellgleis hausen müssen. Wie unser Bild zeigt, waren die Studenten allerdings der Meinung, nicht sie, sondern der Präsident selbst gehöre aufs Abstellgleis. Und Carstens versucht wie immer bei solchen Gelegenheiten — und die waren ja recht zahlreich in seiner Amtszeit — gute Miene zum bösen Spiel zu machen.

Der Forderung der Aachener Studenten hätte es übrigens gar nicht bedurft. Der Bundespräsident hat den Weg aufs Abstellgleis schon beschritten. Gegenüber dem Fernsehmoderator Nowotny kündigte er in der vergangenen Woche an, er wolle für die nächste Amtsperiode nicht mehr kandidieren. In der Begründung, die er dafür gab, bewies Carstens erneut seinen schier unbezähmbaren Willen, sich als Mann von fortschrittlicher literarischer Bildung zu präsentieren. Carstens, der — bevor er in die Haut eines Bundespräsidenten schlüpfte — den Schriftsteller Böll angeeifert hatte, weil der unter dem

Pseudonym Katharina Blum zur Gewalt aufgerufen hätte, zitierte nun — wenn auch falsch — ausgerechnet den kommunistischen Dichter Brecht mit den Versen: „Als er 70 war und ward gebrechlich, verlangte es den Weisen doch nach Ruh.“

Bei Brecht heißt es in seiner „Legende von der Entstehung des Buches Taoteking über den Philosophen Lao-tse: „Als er siebzig war und war gebrechlich / Drängte es den Lehrer doch nach Ruh / Denn die Güte war im Lande wieder einmal schwächlich / Und die Bosheit nahm an Kräften wieder einmal zu / Und er gürte den Schuh.“

Lassen wir den Bundespräsidenten Carstens den Spaß, sich mit einem Philosophen zu vergleichen. Nehmen wir es ihm nicht krumm, wenn er sich dabei von einem „Lehrer“ selbst zu einem „Weisen“ befördert (auch wenn er an Weisheit einen seiner brilliantesten Vorgänger, den unvergessenen Heinrich Lübke, sicher nicht überflügeln konnte). Nur — vielleicht hätte der ruhebedürftige Philosoph doch wenigstens nebenbei erwähnen können, daß in der Bundesversammlung, die den nächsten Bundespräsidenten wählen wird, seine Partei keine Mehrheit hat.

John Wayne — Opfer des Pentagon?

Im Juni dieses Jahres starb der amerikanische Filmschauspieler John Wayne an einer Krebserkrankung, die Magen, Lunge und Kehlkopf befallen hatte. Der Star unzähliger Western war zweimal auch als Regisseur hinter die Kamera getreten. Er drehte das chauvinistische Spektakel „Alamo“ ab, das den Aufstieg des amerikanischen Imperialismus abfeierte. Auf dem Höhepunkt des Vietnam-Krieges inszenierte er den Film „Die grünen Teufel“, ein Propagandastück für den amerikanischen Völkermord in Südostasien.

Jetzt ergaben Untersuchungen der Zeitschrift „People“, daß ausgerechnet die Strategen des Pentagon, für die Wayne die Propagandatrommel rührte und denen er sich auch privat verbunden fühlte, den Tod des Westernstars verursacht haben. Die Redakteure von „People“ hatten sich eingehend mit den

Dreharbeiten des Wayne-Films „Der Eroberer“ beschäftigt. Der Streifen wurde 1955 im US-Staat Utah gedreht, ein Jahr, nachdem im benachbarten Nevada insgesamt elf Atombombentests der amerikanischen Militärs stattgefunden hatten.

220 Personen waren damals an den Dreharbeiten beteiligt. „People“ konnte die Krankengeschichte von insgesamt 150 ehemaligen Mitarbeitern des Filmes rekonstruieren. Und es zeigte sich, daß von diesem Personenkreis später 91 Filmleute an Krebs erkrankten. Neben Wayne waren unter anderem auch seine damalige Partnerin Susan Hayward und der Regisseur Richard Powell später der Krankheit erlegen. Angesichts dieser erschreckenden Zahl mochte auch der Direktor der radiologischen Abteilung an der Universitätsklinik von Utah, Robert Pendleton, einen

direkten Zusammenhang zwischen den Atomtest und der Krebshäufung nicht ausschließen.

Der Fall von John Wayne und seinen Mitarbeitern mag besonders spektakulär sein. Er steht jedoch nicht einzig da. Fast tausend Bewohner der amerikanischen Südweststaaten Nevada, Arizona und Utah haben wegen der gesundheitlichen Folgeschäden durch die Atomversuche Klagen gegen die US-Regierung angestrengt. Im kommenden Sommer wird es in dieser Sache zum ersten Mal zu einem Prozeß kommen. Ob die Richter den Klagen der betroffenen Bürger dann stattgeben werden, ist allerdings fraglich. Denn damit würden sie ja bestätigen, daß die amerikanischen Militärs schon in Friedenszeiten die Bürger des eigenen Landes kaltblütig radioaktiv verseuchen und für ihre Atompläne opfern.

Hamburger Giftskandal

Bestraft werden die Opfer

In Hamburg wurden in diesen Tagen die Aufräumarbeiten auf dem Gelände der ehemaligen Chemiefabrik Stoltzenberg beendet. Vor über einem Jahr war dort der achtjährige Oliver Ludwig getötet worden, als er mit auf dem Gelände gefundenen Chemikalien spielte.

Erst nach diesem Todesfall sahen sich die Hamburger Behörden bemüht, die Firma Stoltzenberg unter die Lupe zu nehmen. Nach und nach wurden dann dort riesige Mengen von Munition, Gas- und Nebelgranaten und Chemikalien gefunden, darunter 24 tödliche Giftstoffe. Das ganze 7 000 Quadratmeter umfassende Gelände mußte bis auf 2,50 Meter Tiefe umgegraben und abgetragen werden. Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuß brachte zwar eine unglaubliche Schlampe der Behörden im Fall Stoltzenberg zum Vorschein, gleichzeitig aber versuchte man nach Kräften, die Beziehungen der Firma zu ihrem wichtigsten Auftraggeber, der Bundeswehr, zu verschleiern.

Aus dem Giftskandal ist jetzt, nach der Beendigung der Aufräumarbeiten, ein Justiz-

skandal geworden: Die Hamburger Staatsanwaltschaft teilte dieser Tage mit, daß sie die Anklage gegen den Inhaber der Firma Stoltzenberg, den Diplomchemiker Martin Leuschner, zurückgezogen hätte. Gegen Leuschner war ursprünglich Anklage wegen fahrlässiger Tötung und anderer Delikte erhoben worden. Jetzt hat man ihn für „nicht verhandlungsfähig“ erklärt.

Gleichzeitig betonte die Staatsanwaltschaft, sie würde ihre Anklage gegen Karl-Heinz Ludwig, den Vater des getöteten Oliver, aufrechterhalten. Ihm werden fahrlässige Tötung und Verletzung der Aufsichtspflicht vorgeworfen. Man kann es kaum glauben. Den Verantwortlichen für Olivers Tod läßt man laufen, und stattdessen wird der Vater verantwortlich dafür gemacht und vor Gericht gezerrt.



Samstag, 15. November, 21.15 Uhr, WDR III

Ihr erster Urlaub. Michel Wyn schildert die Geschichte eines französischen Paares vor dem Hintergrund der Volksfront-Bewegung im Jahr 1936.

Samstag, 15. November, 23.05 Uhr, ARD

Die Ballade von Jimmie Blacksmith. Der australische Spielfilm stellt die Probleme eines schwarzen Ureinwohners dar, der zwischen den Traditionen seines Volkes und der modernen weißen Gesellschaft steht.

Sonntag, 16. November, 18.30 Uhr, ZDF

Käthchen von Heilbronn. Kleists Schauspiel wird in der Kölner Inszenierung von Jürgen Flimm gezeigt.

Sonntag, 16. November, 20.15 Uhr, NDR III

Von der Freiheit kann man nicht essen. Bericht über das Leben in Andalusien, einer der ärmsten Regionen Spaniens.

Mittwoch, 19. November, 20.45 Uhr, Südwest III

Die Mausefalle. Poetischer Film von Rene Clair mit dem Sänger Georges Brassens

Mittwoch, 19. November, 22.45 Uhr, ZDF

Spiel Zigeuner, spiel für uns.

Im Oktober 1979 gab es in Hessen eine begrüßenswerte Initiative: eine „offene Begegnung zwischen Zigeunern und der Bevölkerung der Stadt Darmstadt.“ Im Mittelpunkt stand dabei ein Fest mit Zigeunermusik, das vom ZDF aufgenommen wurde. Interpreten sind unter anderem das Hänschen-Weiss-Quintett und das Titi-Winterstein-Quartett.

Donnerstag, 20. November, 21.20 Uhr, ZDF

Pinochets Chicago-Boys. Mit den Chicago-Boys ist eine Gruppe ultrareaktionärer amerikanischer Wirtschaftsspezialisten um Milton Friedman gemeint, die nicht nur für Chile eine volksfeindliche Wirtschaftspolitik entwickelt haben.

Freitag, 21. November, 20.15 Uhr, Hessen III

Dann steht man da mit seiner Arbeitskraft. Film über Stilllegungspläne im Mannesmann-Konzern.

Karikatur der Woche



Showdown in Washington

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellenhofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 BREMEN (Wall), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr. 17-19 Uhr.

4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14.

4000 DÜSSELDORF (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD, Klarstr. 24, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 86, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkscurve“, Goethestraße 25b (Nahe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/84 84 08.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesesalon „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di und Fr 17-18.30 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi.-Fr. 16-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.